

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D F

Der Imperialismus siegt

Charbin besetzt!

Luftkämpfe über Schanghai

Tokio, 5. Februar.

Das Blatt Nitschi Nitschi Schimoun meldet, daß die Vorhut der japanischen Expeditionskräfte heute früh in Charbin einrückte. Die Truppen hatten gestern nach einem Kampf mit chinesischen Truppen um 16 Uhr Kuhsiangun, die letzte Eisenbahnstation vor Charbin, erreicht.

*

Paris, 5. Februar.

Eine Meldung der japanischen Telegraphen-Agentur Rengo bestätigt, daß die Vorhut des japanischen Expeditionsheeres heute früh, ohne Widerstand zu finden, in Charbin eingedrückt ist.

Ma bei den stärkeren Bataillonen!!

Moskau (über Kowno), 5. Februar.

Der chinesische Gener. Ma hat die Regierung in Mukden anerkannt und soll zum Vorsitzenden der Regierung von Charbin ernannt werden.

„Einleitung großer Luftgefechte“

Schanghai, 5. Februar.

Heute vormittag (nach mitteleuropäischer Zeit in der Nacht vom 4. auf den 5. Februar) kam es zum ersten Male seit Beginn der Feindseligkeiten in Schanghai zu einem chinesisch-japanischen Luftkampf. Während das Feuer der schweren Artillerie der Japaner auf Schapoi andauerte, unternahmen zwei chinesische Flugzeuge einen Angriff auf sechs japanische Bombenflugzeuge und überschütteten sie mit heftigem Maschinengewehrfeuer. Auch die chinesische Infanterie beschoß die feindlichen Flugzeuge mit Maschinengewehren. Die Japaner entfernten sich in Richtung auf den Jangtse. Aber es wurde beobachtet, daß eins von den japanischen Flugzeugen bei Schapoi abstürzte.

Gegenwärtig kreisen die zwei chinesischen Flugzeuge über Schanghai in der Nähe des Westrandes der internationalen Niederlassung. Bisher hatten die Chinesen den japanischen Luftangriffen beinahe wehrlos gegenübergestanden. Dieser erste Zusammenstoß in der Luft wird sich vielleicht als

Einleitung großer Luftgefechte

über der Niederlassung herausstellen; denn es wird berichtet, daß heute vormittag aus Nanking 18 chinesische Flugzeuge eingetroffen sind.

Das imperialistische Spiel

Berlin, 5. Februar.

Mit der Besetzung von Charbin sind die Japaner in die russische Interessensphäre eingebrochen. Sie haben sich von dem Viermächteschritt nicht imponieren lassen; ihre Antwort, die jetzt vorliegt, besagt in schroffster Form, daß die Mandchurei von den japanischen Imperialisten als ihr ureigenes Operations- und Interessengebiet betrachtet wird. Man kann nicht daran zweifeln, daß sie einige Trümpfe in der Tasche haben, sonst würden sie es nicht wagen, mit solcher Kaltblütigkeit alle Interventionen kurzerhand zurückzuweisen und ihren Eroberungsfeldzug fortzusetzen.

Es müssen, wie das langsam ans Licht kommt, Abmachungen zwischen Japan und den anderen imperialistischen Mächten bestehen oder bestanden haben, die eine gemein-

same Ausschlichtung des chinesischen Gebietes zum Ziele hatten. Japan hat jetzt einfach die Vorhand ergriffen und sich damit für zukünftige Verhandlungen einen bedeutsamen Vorteil gesichert. Das Zögern der anderen imperialistischen Mächte läßt sich aus dem Vorhandensein geheimer Dokumente und natürlich auch aus den verschiedenartigen Interessen und den Interessengegensätzen erklären.

Japan weiß also, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht ist. Und so geniert es sich nicht nur nicht, seinen Schlag in der Mandchurei zu führen, es bombardiert seelenruhig, trotz neuer Protestschritte, und obwohl ständig neue Kriegsschiffe Amerikas vor Schanghai eintreffen, diese Stadt weiter. Bei dem neuesten Großangriff hat es allerdings nach den letzten Meldungen wenig Glück gehabt, ist vielmehr von den Chinesen zurückgeschlagen worden. Da es aber den Jangtse mit seinen Kanonenbooten beherrscht, wird es schwer sein, chinesischen Entsatz herbeizuführen.

Japan folgt dem „sacro egoismo“, dem heiligen Egoismus seiner imperialistischen Militärs und deren kapitalistischen Hintermännern, und die japanische Presse droht ganz offen

Unter dem Druck der Massen

Spanien enteignet Jesuiten

TU. Madrid, 4. Februar

In der Kammer Sitzung am Donnerstag richteten die Agrarier und Basken an die Regierung eine Anfrage über die Auflösung des Jesuiten-Ordens und besonders über die entschädigungslose Enteignung der Ordensgüter. Die Stimmung war von Anfang an sehr erregt. Zu stürmischen Szenen kam es, als der radikal-sozialistische Justizminister Albornoz die Verteidigung des Dekrets gegen die Jesuiten begann. Besonders bemerkenswert waren seine Erklärungen über die Enteignung, die in dem Satz gipfelten:

„Die Gesellschaft Jesu ist aufgelöst; eine nicht bestehende Gesellschaft kann kein Eigentum haben.“

Die Einwürfe der katholischen Parteien der Kammer wurden durch die radikal-sozialistische und sozialdemokratische Mehrheit niedergeschrien. Nur mit Mühe konnte der Kammerpräsident Handgreiflichkeiten verhindern. Der Lärm wurde erst beendigt, als eine Entschließung der Mehrheitsparteien eingebracht wurde, daß die ganze Frage verfassungsmäßig bereits festgelegt sei und daß sich damit jede weitere Aussprache erübrige. Der Antrag wurde gegen die 45 Stimmen der Katholiken angenommen. Die Jesuiten haben mit Ablauf des Mittwoch ihr gesamtes Eigentum dem Staat widerstandslos übergeben und zum größten Teil das Land verlassen.

Sanjurjo geschasst

TU. Madrid, 4. Februar

Der spanische Kriegsminister General Sanjurjo, seines Postens und versetzte ihn auf die Stelle eines Generaldirektors der Zolltruppen. Den Oberbefehl über die Zivilgarde erhielt der bisherige Oberkommandierende in Marokko, General Cabanellas.

mit Austritt aus dem Völkerbund, wenn man die „Preußen des Ostens“ in ihrer Polizeiaktion stören wollte.

So kann dies imperialistische Spiel noch geraume Zeit weitergehen.

Standrecht in Hankau und Tientsin

TU. Moskau (über Kowno), 5. Februar

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet aus Schanghai, daß in Hankau und Tientsin infolge des weiteren Vordringens der Japaner das Standrecht verhängt wurde.

Selbstmord Schiosawas dementiert

Schanghai, 2. Februar

Das Gerücht, daß der bisherige japanische Seebefehlshaber Schiosawa Harakiri begangen habe, wurde am Donnerstag nachmittag von dem japanischen Konsul in Schanghai als unrichtig bezeichnet. Admiral Schiosawa sei noch um 14,30 Uhr mitteleuropäischer Zeit im japanischen Hauptquartier anwesend gewesen.

Groener nimmt Nazis als Rekruten

Berlin, 5. Februar.

Erst heute wird bekannt, daß das Reichswehrministerium bereits am 29. Januar eine Verfügung erließ, mit der die Vorschrift, Nationalsozialisten die Einstellung in die Wehrmacht grundsätzlich zu verweigern, aufgehoben wurde.

Der gesteigerte Zudrang von Nazis zu den Veranstaltungen der Armee, der besonders auf dem Truppenübungsplatz Döberitz beobachtet wurde, scheint die erste Folge der veränderten Haltung der Generalität zu sein. Vermutlich wird jetzt auch eine rege Werbeaktion zugunsten der Nazipartei unter den Angehörigen der Truppe einsetzen — sofern das noch nötig sein sollte.

Proletarische Einheitskandidatur!

Die Forderung der Berliner SAP-Funktionäre

Berlin, 5. Februar.

In einer Groß-Berliner Funktionärversammlung der SAP, die sehr stark besucht war, wurde am Donnerstag nach einem Referat des Genossen Rosenfeld einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Funktionärversammlung begrüßt die Bemühungen des Parteivorstandes um die Aufstellung eines proletarischen Einheitskandidaten für die Reichspräsidentenwahl. Die Versammlung erwartet, daß diese Bestrebungen mit aller Energie fortgesetzt und von den Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften unterstützt werden, damit möglichst schon für den ersten, jedenfalls aber für den eventuellen zweiten Wahlgang die proletarische Einheitskandidatur zustande kommt.

Das englische Zollimperium

Sein Sinn und sein Inhalt

† Berlin, 5. Februar.

Man kann es nicht als einen Zufall, man muß es schon als ein Symbol betrachten, daß der Minister, der England vom Freihandel zum Schutzzoll führt, Chamberlain heißt, Neville mit Vornamen. Es ist der Sohn des berühmten Joseph Chamberlain, bekannt unter dem Kosenamen „Joe“, der vor 28 Jahren als Ministerpräsident im Kampf für den Schutzzoll unterlag. Diese Niederlage hat zweifellos entscheidende Bedeutung gehabt, nicht nur für die Insel Großbritannien selbst, sondern für das ganze englische Weltreich. Der Traum Joseph Chamberlains von dem einen geschlossenen Imperium beginnt sich zu verwirklichen. England zieht sich mehr als in den verflorbenen 28 Jahren auf sein Weltreich zurück.

Dem politischen Wesen nach nie zugehörig zu Europa, dem es nur geographisch angehört, wendet es sein Gesicht stärker als bisher von dem europäischen Raum und dem europäischen Schicksal ab. England ist im Begriff, sein Weltreich, das manchmal schon in den Fugen gelockert schien, von neuem enger zusammenzuschließen. Hat schon der Krieg die Bänder des See- und Landweges nach Indien, dem Herz des Weltreichs, fester geschmiedet, so soll das neue Zollsystem nicht nur eine Abgrenzung nach außen, vielmehr auch einen engeren Zusammenschluß der einzelnen Teile des Weltreichs herbeiführen. Denn die Zollmauer, deren erstes Stockwerk wir wahrscheinlich erst vor uns haben, umschließt nicht nur die englische Insel, sondern die Kolonialgebiete und die Dominions, zu deren Rang in dieser Frage Indien erhoben wird.

England folgt der Parole einer aus den Fugen gegangenen Zeit, der Parole von der Autarkie. Die freilich hat für das Weltreich einen ganz anderen Sinn als für die vergleichsweise kleinen Staaten, die innerhalb des balkanisierten Europas einem ähnlichen Ziel zustreben, das hier sinnwidrig wird. Der Schlüsselstein in diese Mauer wird freilich erst eingefügt werden in diesem Sommer auf der Konferenz von Ottawa (Kanada). Bis dahin aber werden die engeren wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Mutterland und Dominions bereits zur Wohnort geworden sein. Der gemeinsame Vorteil bindet stärker als alle papiernen Gesetze.

Eine andere Frage ist natürlich, ob die „starke Hand“ in Indien geeignet ist, diesem Land und Volk die Zugehörigkeit zum englischen Weltsystem besonders schmackhaft zu machen. Hier könnten sich noch Ueber-raschungen ergeben, von denen sich die Die-hards, die konservativen Dickköpfe, heute noch nichts träumen lassen. Auch die Gesamtentwicklung im Fernen Osten, die Gefahr, die dem englischen Weltreich allein durch die Existenz des heutigen Rußland droht, können die Pläne der Konservativen früher oder später als vergänglich Machwerk enthüllen. Vorläufig aber — daran ist gar nicht zu zweifeln — bedeutet der Uebergang zum imperialen Zolltarif eine Neufundamentierung und Festigung des englischen Imperiums.

Würde die Zollmauer lediglich um die eng-

liche Insel gebaut, sie wäre genau so widerständig wie die Zollmauern in Europa. Und das wiederum würde größere Verelendung der englischen Arbeiterschaft bedeuten, zu einer Revolutionierung der Geister führen müssen. Innerhalb eines relativ autarken, mit reichen Rohstoffen und großen Absatzgebieten versehenen Weltreichs aber besteht, selbst unter dem Kapitalismus, die Möglichkeit einer vorübergehenden Besserung des Lebensstandards der englischen Arbeiterschaft, zumal dann, wenn man die Kraft findet, wenigstens bis zu einem gewissen Grade planmäßig zu wirtschaften. Wie weit das freilich Tatsache wird, kann erst die Erfahrung lehren. Daß auch in einem mehr oder minder geschlossenen Imperium der Kapitalismus den ihm wesentlichen Gesetzen unterworfen ist, daß also im Endresultat auch dieser Versuch fehl ausgehen muß, ist eine andere Frage. In der Entwicklungsgeschichte großer Reiche muß man jedoch mit größeren Zeiträumen als mit denen eines einzelnen menschlichen Lebens rechnen.

Zweifelloso hat dieser Gesichtspunkt auch die Haltung der englischen Gewerkschaften bestimmt. Zwar hat der Vertreter der Arbeiterpartei im Unterhaus eine Oppositionsrede gehalten, aber man muß sich erinnern, daß der letzte Gewerkschaftskongress sich mit einigen Wenn und Abers für die Schutzpolitik entschieden hat. Die Arbeiterpartei, deren Einfluß durch die verfehlte „Staatspolitik“ des Kabinetts Macdonald nach wie vor sehr beeinträchtigt ist, treibt hier mit liberalistischen Thesen mehr oder minder Prestigepolitik, erfüllt ihre Rolle einfach traditionsgemäß als „der Majestät getreueste Opposition.“ Sie würde, wenn sie morgen ans Ruder käme, schwerlich auch nur das geringste an dem Schutzsystem ändern.

Zu einer solchen Wendung besteht freilich nicht die mindeste Aussicht. Die Konservativen halten das Heft fest in den Händen und werden es auch nicht loslassen. Sie sind die „nationale Regierung“ und Mister Macdonald dürfte kaum mehr sein als der Platzhalter für einen Chamberlain. Die Fiktion von der „nationalen Regierung“ wird aller Wahrscheinlichkeit nach bald den realen Machtverhältnissen weichen, Mister Macdonald wird gehen müssen, wenn er, wie der Mohr, seine Schuldigkeit getan hat. Großbritannien's Uebergang zum Schutzzoll und Hochschutzzoll bedeutet keine vorübergehende Zeiterscheinung, vielmehr eine politische Wendung von weittragender und relativ dauernder Entwicklung.

Die europäischen Staaten werden sich damit abzufinden haben, weil sie sich damit abfinden müssen. Es ist nicht so zu nehmen, daß das britische Reich sich hermetisch abschließen könnte und wollte, aber die Handelsbeziehungen zwischen Europa und dem englischen Imperium werden zweifellos weitaus dünner werden als bisher. Daß das eine Verschärfung der Krise bedeutet, kann nicht übersehen werden. Die europäischen Exportländer müssen sich demgemäß nach anderen Absatzgebieten umsehen und werden kaum an der augenfalligen Tatsache vorbeigehen können, daß in einem, von Zollmauern nicht bis zum Irreim gegenseitig abgegrenzten Europa mehr Absatzraum vorhanden ist, als man bis jetzt zu erkennen beliebt.

Für die europäische Arbeiterschaft — und in diesem Fall einschließlich der englischen — ergibt sich aus den skizzierten Tatsachen nicht nur die Pflicht zu verschärfter Beobachtung der kapitalistischen Schachzüge, sondern zu einer weitaus engeren Verbindung untereinander, damit ein gemeinsamer Kampf geführt werden kann gegen ein Zollsystem und seine Auswüchse, das bis dato lediglich von den kapitalistischen Mächten bestimmt wird und bis auf die Brosamen, die von der Herren Tische fallen, diesen zugute kommt. Je stärker die internationale Bindung des Proletariats sein wird, um so rücksichtsvoller und schärfer kann und muß es den Kampf gegen das jeweils „nationale“ Kapital gleichseitig führen, um so gemeinsam die Vorbedingungen für seine Beseitigung zu erfüllen.

Auch das englische Zollsystem ist natürlich getragen von einer ausgesprochen kapitalistischen Tendenz, ist gebunden an den derzeitigen Zustand des englischen Weltreichs. Die Schaffung eines solchen Großraumreiches zeigt eine Entwicklungstendenz, die auch das Proletariat nicht unbeachtet lassen darf. Es hat seine Lehren daraus zu ziehen und sich mehr und mehr durch Erweiterung seiner Macht im Klassenkampf so einzuschalten, daß es die kapitalistisch bedingte Entwicklung nach der Kehrseite der sozialistischen Seite abdrängen kann.

Die Möbeltransporttarife

TU. Berlin, 5. Februar

Nachdem das Möbeltransportgewerbe auf Grund der Notverordnung seine Tarife bereits gesenkt hat, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung von einer weiteren Senkung der Normaltarife Abstand genommen. Er hat jedoch anerkannt, daß diese Normaltarife als Höchsttarife anzusehen sind und daß der für die Umrugszeit im April und Oktober vorgesehene Zuschlag zu den Normaltarifen in Wegfall kommt.

Brünnings Abreise nach Genf. Der Reichssekretär fährt am Sonnabendabend nach Genf. In seiner Begleitung befinden sich Staatssekretär von Bülow, Ministerialdirektor Zechin und Oberregierungsrat Planck.

Deutsche Geheimrüstungen

Vor dem Forum der französischen Kammer

TU verbreitet mit viel entrüstetem Pathos Mitteilungen, die der „Matin“ aus einem Bericht des Hauptberichterstatters des Heeresausschusses der Kammer, Bouilloux-Lafont veröffentlicht hat, u. a. folgendes über die deutschen Geheimrüstungen: Deutschland habe die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages auf alle mögliche Art und Weise zu umgehen verstanden und

habe heute eine militärische Macht erreicht, die die von den Alliierten gesteckte Grenze weit überschreite.

Die Herstellung von Waffen sei in einer ganzen Zahl von Fabriken wieder aufgenommen worden. Die chemische Industrie bereite sich auf einen chemischen Krieg vor, dessen Ausföchtung in Deutschland vorgesehen sei. Verschiedene Firmen verkaufen ganz öffentlich Kriegsmaterial und Erzeugnisse, die einzig und allein dem chemischen Krieg dienen. Die „HD 38“ und die „HD 43“, die von der Firma Heinkel gebaut seien, seien regelrechte Typen von Jagd- und Aufklärungsflugzeugen. Junkers und Dornier bauten im Ausland Militärflugzeuge, die nur unwesentlich von den deutschen Handelsflugzeugen abwichen. Die Dornier-Wale und „Superwale wie „R 35“, „K 47“ und „K 37“ seien dafür der überzeugendste Beweis.

Selbst wenn man die vom Wehrminister Groener angegebenen Ziffern für den Selbstkostenpreis der Waffen als richtig unterstelle, so gebe der Heereshaushalt dem Reich die Möglichkeit, eine halbe Million Gewehre oder Schnellfeuerwafere, 1250 Kanonen, 15 000 Maschinengewehre und 1300 Flammenwerfer zu bauen.

Das Reich sei außerdem an verschiedenen Bankunternehmungen beteiligt und habe sich so Geheimquellen geschaffen, über die es nach Gutdünken verfügen könne. Das gleiche Ziel verfolge es durch seine Beteiligung an gewissen Industrieunternehmungen, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland.

Die Waffenfabrik von Soleur in der Schweiz sei eine Filiale der Rhein-Metallwerke in Düsseldorf und fabriziere Artillerie- und Infanteriematerial. Die Werkzeugmaschinenfabrik in Oerlikon bei Zürich werde fast ausschließlich von deutschem

Kapital unterhalten, und die Luftschiffwerften von Romanshorn und Altenrhein seien zum größten Teil Staatsbesitz. In Holland sei es die holländische Industrie- und Handelsgesellschaft Siderius, die Artilleriematerial für Deutschland herstelle. Die Niederländische Instrumentengesellschaft von Venlo, die sich auf die Herstellung von optischem Kriegsmaterial spezialisiert habe, sei eine Filiale der Zeisswerke, die von Fokker und Aviolanda in Dordrecht gegründeten niederländischen Flugzeugwerke ständen im gleichen Verhältnis zu den deutschen Dornier-Werken. Die Flugzeugindustrie von Lincham in Schweden sei eine Filiale von Junkers, und die Artilleriefabrik von Bofors-Schweden sei eine solche von Krupp. Deutschland führe außerdem einen flotten Handel mit Kriegsmaterial. — Bouilloux-Lafont gibt zwar zu, daß die Beteiligung deutscher Firmen an ausländischen nicht in Widerspruch zum Wortlaut der Verträge stehe, wohl aber zu ihrem Geist. Wenn man dieser materiellen Rüstung die moralische zur Seite stelle, so komme man zu der Schlußfolgerung, daß, wenn man in Genf einem Staate die Abrüstung aufzwingen wolle, dies nur Deutschland sein dürfe.

*

In der neuesten Nummer des Mitteilungsblattes der Deutschen Liga für Menschenrechte veröffentlicht Otto Burgemeister, Amsterdam, übrigens neue Einzelheiten über den Kampf, der sich auf niederländischem Boden zwischen zwei Gruppen der Rüstungsindustrie gegenwärtig abspielt, und mit dem die sich in der jüngsten Zeit häufenden Veröffentlichungen über deutsche Geheimrüstungen in Holland in engen Zusammenhang gebracht werden müssen. Der Verfasser meint, die letzten Erklärungen des holländischen Ministerpräsidenten Ruys De Beerenbrouck, der die Existenz deutscher Rüstungsunternehmen in Holland bestritt, formal nicht in Zweifel ziehen zu wollen, aber die von der sozialistischen Zeitung „Het Volk“ seit November 1930 laufend bekannt gegebenen Tatsachen ließen doch erkennen, daß der Ministerpräsident letzten Endes im Irrtum sei.

Vom Freihandel zum Schutzzoll

Neville Chamberlain über den neuen Zolltarif

London, 4. Februar.

Neville Chamberlain hielt heute nachmittag vor dem bis auf den letzten Tribünenplatz gefüllten Unterhause seine mit Spannung erwartete Tariftrede. Mit anhaltendem Beifall begrüßt, erinnerte er eingangs an das Mandat der Regierung, unvoreingenommen und frei von allen Bindungen an die Wiederherstellung des Vertrauens auf die finanzielle Stabilität Englands heranzugehen und Pläne für die Sicherstellung einer günstigen Handelsbilanz zu formulieren. Er halte nirgends in der Welt einen solchen Opfermut und so hingebenden Patriotismus für möglich, wie er in der jüngsten Zeit von dem englischen Steuerzahler bewiesen wurde. Ferner seien die Lebenshaltungskosten fast wie durch ein Wunder von der Entwertung des Pfundes unberührt geblieben und die fortgesetzte Steigerung des Sterlingkurses sowie die anhaltende Besserung des Handels und die zuversichtlichere Stimmung, die in den Reden der Bankiers zum Ausdruck komme, seien ermutigende Anzeichen.

Trotzdem aber sei man noch nicht über den Berg.

Die Untersuchungen der Regierung in der Frage der Handelsbilanz hätten ihr beunruhigende Tatsachen vor Augen geführt.

Das Problem sei, die Einfuhr zu verringern und die Ausfuhr zu vergrößern. Dann erklärte er, daß die Regierung ein System mäßigen Schutzes vorschlage, das „wirtschaftlich“ den Bedürfnissen der Industrie und der Landwirtschaft angepaßt sei. Die Regierung schlage vor, diese Gelegenheit zu ergreifen,

um den Ländern des Britischen Reiches Vorteile zu gewähren für Vorteile, die sie dem Mutterlande jetzt oder in nächster Zukunft einzuräumen geneigt seien.

Chamberlain erklärte dann, daß die Grundlage der Regierungsvorschläge ein allgemeiner Wertzoll von 10 Prozent auf alle Einfuhr

sei, und zwar mit gewissen Ausnahmen. Wenn bereits auf irgendeine Ware ein Zoll erhoben würde, so sei dieser Artikel nicht noch diesen 10 Prozent unterworfen. Eingeschlossen in die Liste steuerfreier Artikel und Waren würden sein: Weizen, Fleisch, Fische britischen Fangs, Rohbaumwolle und Tee. Keiner der Zölle würde in den Dominions vor der Ottawa-Konferenz in Kraft treten. Indien würde ebenfalls zu den Dominions gerechnet werden. Kolonien, Protektorate und Mandatsländer fielen in eine andere Kategorie; ihre Erzeugnisse würden zu dem allgemeinen Tarif von 10 Prozent oder den Zusatzzöllen aufgenommen werden. Die Regierung messe der Ottawa-Konferenz größte Bedeutung

bei und beabsichtige, an sie heranzugehen mit dem Ziele, eine größere Zunahme des Handels zwischen den einzelnen Teilen des Reiches herbeizuföhren.

Was die Waren von fremden Ländern anbelange, so würde das Handelsamt autorisiert werden, zu dem bestehenden Zollsatz in Fällen von Diskriminierung gegenüber englischen Waren

einen Zoll bis zu 100 Prozent aufzuerlegen.

Chamberlain erklärte, es seien Vorkehrungen für Zolltarifverhandlungen mit ausländischen Staaten getroffen, indessen würde mit keinem ausländischen Staat ein Abkommen getroffen werden, ehe nicht die Ottawa-Konferenz beendet ist.

Die zusätzlichen Zölle sollten bei solchen Luxusartikeln erhoben werden, die entweder für den einzelnen oder für die Nation nicht lebenswichtig seien, in dem Sinne, daß sie entweder im Lande selbst hergestellt werden oder werden könnten. Chamberlain teilte noch mit, daß der Gesetzentwurf dem Hause natürlich nicht heute vorgelegt und nicht eingebracht werden würde, bis das Haus die vier Finanzentschlüssungen angenommen habe.

Fronde des Innenministers

Die Debatte im Unterhaus

Die Debatte zu Chamberlains Zollrede ergab keine Ueberraschung, es sei denn das Auftreten des liberalen Kabinettsmitgliedes Herbert Samuel. Die Sprecher der Regierungsmehrheit erklärten sich im allgemeinen befriedigt, nicht ohne zu betonen, daß ihrem Appetit auf Zölle noch nicht voll Genüge getan sei.

Als Wortführer der dissidierenden Kabinettsmitglieder wandte sich Sir Herbert Samuel grundsätzlich gegen den Protektionismus und verwies auf ein von ihm ausgearbeitetes Projekt, das einen zeitweiligen Schutz der englischen Wirtschaft ermögliche.

Der Abgeordnete der Arbeiteropposition Attlee wandte sich gegen die Vorschläge der Regierung, die nutzlos seien, da sie auf einer falschen Anschauung der Lage beruhten. Es gelte vielmehr, sich mit dem Währungs- und Devisenproblem zu befassen.

Frankreich verlängert Rediskontkredit. Havas teilt mit, daß heute, am 4. Februar, der Kredit der Bank von Frankreich an die Reichsbank in Höhe von 25 Millionen Dollar für einen weiteren Monat verlängert worden ist.

Strafanträge im Helldorf-Prozeß

Zwei Jahre für Helldorf — beantragt

Nach 27tägiger Verhandlung stellte der Staatsanwalt im Kurfürstendamm-Prozeß, der die Vorgänge am jüdischen Neujahrsfest am Kurfürstendamm verhandelt, die Strafanträge.

Er beantragte gegen Graf Helldorf wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Anreizung zu Gewalttätigkeiten zwei Jahre Gefängnis,

gegen den Stabschef Ernst ein Jahr sechs Monate Gefängnis und gegen beide wegen öffentlicher Beleidigung je 300 Mark Geldstrafe. Gegen den Nationalsozialisten Schubert beantragte er ein Jahr fünf Monate Gefängnis, gegen den Ingenieur Gewehr ein Jahr Gefängnis, gegen vier weitere Angeklagte je neun Monate Gefängnis.

Gegen den Jungstahlhelmführer Brandt beantragte der Staatsanwalt ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen den Zeitungsfahrer Damesow ein Jahr und gegen den Speditionshelfen Schulz ein Jahr drei Monate Gefängnis. Die Berufung der Angeklagten und der Staatsanwaltschaft beantragte er zu verwerfen.

Hitlers Einbürgerungsversuch in Thüringen

Kommunisten fordern Bestrafung der Beamten

Weimar, 5. Februar.

Im Thüringer Landtag hat die kommunistische Fraktion eine Anfrage eingebracht, die nach der Bestrafung der beiden Beamten fragt, die der Regierung erst jetzt Nachricht von dem Versuch des ehemaligen Ministers Frick gegeben hätten, seinen Parteichef Hitler durch Verleihung einer Gendarmerie-Kommissarstellung einzubürgern. Die Beamten haben sich nach Meinung der kommunistischen Interpellanten eines groben Dienstvergehens schuldig gemacht. Sie müßten sofort der Dienstverpflichtung entbunden und mit einem Dienststrafverfahren belegt werden. Des weiteren müßten in sämtlichen Aemtern Nachforschungen angestellt werden, dahin, ob noch weitere Beamte von „geheimen parteipolitischen Amtshandlungen Fricks“ Kenntnis hätten oder sie unterstützt hätten.

Thüringer Regierung

desavouiert Frick

Weimar, 5. Februar.

Das thüringische Kabinett beschäftigte sich am Freitag mit dem Versuch Fricks, Hitler durch Anstellung im Staatsdienst die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen. Ueber den Verlauf der Sitzung wird amtlich bekanntgegeben:

Die Absicht, einem verdienten Frontsoldaten des deutschen Kriegsheeres alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers zu geben, betrachtet man als durchaus verständlich. Das Staatsministerium bedauert aber die versteckte und unwürdige Art, mit der seitens des damaligen thüringischen Innenministers die Beamtenanstellung Hitlers versucht wurde. Zudem habe das Vorgehen Dr. Fricks einem ausdrücklich am 15. April 1930 gelegentlich der Beantwortung einer kleinen Anfrage im Beisein Dr. Fricks gefaßten Beschluß widersprochen, wonach die Staatsregierung nicht die Absicht habe, Adolf Hitler den Erwerb der thüringischen Staatsangehörigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie ihn pro forma als thüringischen Staatsbeamten anstelle.

Die Staatsregierung ist einstimmig der Auffassung, daß kein Anlaß vorliegt, gegen die beiden beteiligten Beamten ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Hindenburg soll Hitlers Einbürgerungspate werden!

Berlin, 5. Februar.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht als ihren Wunsch den Gedanken aus, daß der Reichspräsident von sich aus aussprechen möge; er wüschte, daß man Hitler die Erlangung des Staatsbürgerrechts ermögliche. Eine solche Geste, der niemand Widerstand entgegenzusetzen könne, werde der Nationalsozialistischen Partei das Eintreten für die Präsidentschaftskandidatur Hindenburg recht erleichtern.

Wär' der Gedank' nicht so erwünscht geschieht, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen. — Die Nazis wollen bekanntlich Hindenburgs neue Präsidentschaft gar nicht, und es hat manchmal den Anschein, als ob auch die „DAZ“, die offiziell die Bewegung für Hindenburg nicht abweisend behandeln will, inoffiziell viel lieber einen andern Faktor im Hause Wilhelmstraße 73 wirken sähe.

Gastwirte wollen streiken. In einer Versammlung des Zentralverbandes der Gast- und Schankwirte von Groß-Hamburg sprach sich am Donnerstag die Mehrheit der etwa 1400 anwesenden Gastwirte für die Einleitung eines Bierstreiks aus. Der Kampf der Gastwirte richtet sich gegen die Erhöhung des Bierpreises vom 6. Februar an. Die Gastwirte beabsichtigen eine Schließung der Lokale auf acht Tage.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

2. Fortsetzung

Das „Berliner Tageblatt“ vom 22. April 1913 stellte Herrn von Gontard das Zeugnis aus, seine Methode stelle „den höchsten Grad geschäftlicher Skrupellosigkeit und blinder Verfolgung nackter egoistischer Interessen“ dar.

Die „Frankfurter Zeitung“ urteilte: kein Wort der Entrüstung sei gegenüber diesem Brief scharf genug . . .

Herr Paul von Gontard aber sonnte sich weiter in der Gunst seines Kaisers. Seine Firma schluckte während des Krieges die fettesten Gewinne und aus den Leichenbergen sickerte ein immer breiter werdender Strom von Blut in seine Tresors, wo sich die Transubstantiation in Gold vollzog. Als die „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ sich das viel unverfänglicher klingende Firmenschild: „Berlin-Karlsruher Industriewerke“ beilegte und Aktiengesellschaft wurden, da war Herr von Gontard nicht nur ihr Generaldirektor geblieben, sondern er wurde auch noch Erster Vorsitzender ihres Aufsichtsrats.

Es machte nichts aus, daß er im Jahre 1913 öffentlich des frevelhaften Spiels in Frankreich überführt worden war und es hat ihm auch nichts geschadet, als in England bei einem Landesverratsprozeß gegen einen eingewanderten Industriellen noch im Jahre 1918 vor Gericht festgestellt wurde, daß Gontard von der Firma dieses Sir Joseph Jonas aus Sheffield für die großen Mengen eines Spezialstahls (im Jahre 1912 allein für 360 000 Mark), die die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken bezogen hatten, persönlich Provision genommen hatte, und zwar von Oktober 1911 bis Juni 1914, zusammen mindestens 5750 englische Pfunde = 115 000 Mark.

Karl Liebkecht und Matthias Erzberger fanden bekanntlich ihren Tod von Mörderhand. Werkzeuge der Rüstungsindustrie waren es, denen die jahrelange Hetze der Rüstungsinteressenten die Waffen in die Hand gedrückt hatte.

Herr Paul von Gontard aber lebt friedlich im Fürstentum Liechtenstein, wohnen er aus steuerlichen Rücksichten, wenn nicht noch aus anderen, übersiedelt ist.

Der große Unbekannte

Am 15. Januar 1925 vermerkt ein Kriminalkommissar vom Außendienst der Abteilung I A beim Polizeipräsidenten Berlin in seinen Akten:

„An Amtsstelle erschienen heute die Direktoren Gebauer und Schweitzer von den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau und teilen mit, daß in Sachen „Kontrolle des Werkes durch die IMKK (Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission) der Sicherheitsdienst des Werkes gewisse Beobachtungen und Feststellungen gemacht habe, die darauf hindeuteten, daß die letzte Kontrolle des Werkes durch die IMKK zurückzuführen sei auf detaillierte Angaben, welche ein Angestellter des Werkes der Kommission gemacht haben müßte. Sie teilen ferner mit, daß dieses von ihrem Sicherheitsdienst gesammelte Material der Behörde zur Verfügung stände und baten um Nachricht nach ihrem Sekretariat (Insa 960), wann irgendwelche Auskünfte in dieser Hinsicht gewünscht würden . . .“

Die der Polizei aufgegebenen Telephonnummern war die des persönlichen Sekretariats des

Generaldirektors der RKIW (Berlin-Karlsruher Industrie-Werke, des Herrn Paul von Gontard. Dem Kriminalkommissar blieb dies jedoch zunächst unbekannt. Er hielt seiner vorgesetzten Dienststelle Vortrag über den Besuch der beiden Herren und erhielt den Auftrag zur Weiterverfolgung der Angelegenheit. Am gleichen Tage meldete auch ein jüngerer Kriminalbeamter, der sich zwecks einer Diebstahlsfeststellung in Wittenau aufgehalten hatte, daß dort gleichzeitig mit ihm am 6. Januar eine Gruppe von Offizieren der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission gewelt habe. Ihm sei von leitender Stelle der Firma mitgeteilt worden, daß die Kontrolle auf den Verrat eines Angestellten zurückgeführt

werden müsse, namens Bullerjahn. Er allein sei mit den Verhältnissen der durchsuchten Läger vertraut gewesen.

Am 16. Januar fragt bereits der Spionagechef der Reichswehr, Oberst G e m p p, beim Polizeipräsidenten an, ob dort Einzelheiten über die Person des mutmaßlichen Verräters bekannt wären. Er beruft sich auf ein Wirtshausgespräch, das ein untergeordneter Angestellter des Werks geführt hätte.

Schließlich erscheint am 6. Februar bei dem Kriminalkommissar Goepner, der jetzt die Ermittlungen in der Sache des Verrats bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken führt, eine geheimnisvolle Person, über deren Angaben der Kommissar unter Verletzung wich-

tiger gesetzlicher Bestimmungen kein Protokoll aufnimmt. Er macht sich nur einen Aktenvermerk und sagt einleitend:

„Von einer Vertrauensperson, die vorläufig ihren Namen nicht genannt wissen will, ist mir über den Verrat des Bullerjahn u. a. folgendes mitgeteilt worden“:

Hier heißt es schon: „Über den Verrat des Bullerjahn“; der Name Bullerjahn wird zum ersten Male genannt; sein Träger ist noch in keiner Weise überführt worden. Er befindet sich auf freiem Fuße. Die seit dem 6. Januar fortdauernde Ueberwachung erst durch die privaten Werkspitzel, dann durch Kriminalbeamte haben nichts Stichhaltiges gegen ihn ergeben.

(Weitere Artikel folgen.)

Acht verkohlte Leichen

Vermißtes Passagierflugzeug gefunden

In den Bergen nördlich von Los Angeles (USA) wurden die Ueberreste eines Passagierflugzeuges gefunden, das — wie verschiedene andere Flugzeuge — einige Zeit vermißt wird.

Der Pilot und alle sieben Passagiere wurden als verkohlte Leichen aufgefunden. Nicht einem war es gelungen, sich zu retten.

In der Sahara ist seit Mittwoch ein französisches Flugzeug verschollen. Der Pilot gibt auf Funksprüche keine Antwort mehr.

Emanzipations-Humor

Im französischen Senat warf am Donnerstag eine Frau von der Tribüne aus ein Bündel Flugblätter in den Sitzungssaal, auf denen das Wahlrecht der Frauen verlangt wurde.

Der Senatspräsident ordnete die Räumung der Tribüne an. Leider sahen sich die Saaldienner vor eine „unlösbare“ Aufgabe gestellt:

die Frau hatte sich mit einer eisernen Kette selbst an die Bank geschlossen.

Da die Kette nicht zu öffnen war, mußte die Bank zersägt werden. Unter großer Heiterkeit wurde die tapfere Emanzipierte ins Senatsbüro geführt, wo sie von der Kette befreit wurde. — Sie hatte den Schlüssel in einem Briefumschlag an den Senatspräsidenten geschickt und ein Schreiben beigelegt, in

dem sie abermals für die Befreiung der Frauen eintrat. Die Befreiung von ihrer Kette sollte ein Symbol der allgemeinen Frauenbefreiung darstellen.

Maschengewehrfeuer auf Passanten in Washington.

In Washington fuhr durch die Vorstadt Takoma Park ein mit mehreren Verbrechern besetztes Auto, das rasendes Feuer auf verschiedene Passanten eröffnete.

In Takoma Park wurden zwei Mädchen getötet, in einem anderen Stadtteil ein Mann. Ursache unbekannt.

Im Auto lebendig verbrannt

Der Oberstadtssekretär Brinkmann aus Büer fuhr in der Nacht zum Donnerstag auf der Chaussee von Hertzen gegen einen Baum. Sein Wagen geriet in Brand, es war Brinkmann nicht möglich, sich aus den Trümmern zu befreien. Er starb in den Flammen des brennenden Benzins.

Vor dem Arbeitsrichter

Je höher die Not der Massen steigt, desto mehr sind die kleinstädtischen denkenden Teile des Proletariats geneigt, Arbeit um jeden Preis und zu allen Bedingungen anzunehmen. So werden — oft unter dem Deckmantel der Freundschaft — Arbeitsverhältnisse ohne jeden gültigen Vertrag abgeschlossen. Da Unstimmigkeiten unvermeidlich sind, enden viele dieser Arbeitsverhältnisse vor dem Arbeitsgericht. Schriftliches liegt gar nicht oder nur ungenügend vor. So kann der Arbeitnehmer nur schwer Beweise für seine Forderungen bringen, und die Folge sind langwierige, schwerfällige Prozesse, bei denen nicht viel herauskommt. Aber nicht nur kleine, unkorrekte Firmen nutzen die Not aus. Die ganze „Arbeitgeberschaft“ wittert die Morgenluft des Faschismus. Sie machen sich kaum mehr die Mühe, ihrem Prozeßgegner durch spitzfindige Auslegung der Paragraphen beizukommen. Sie selbst und ihre dienstbaren Geister, die Syndizi, versuchen es jetzt vielmehr mit einfacher, unverhüllter Frechheit. Hier ist eine kleine Wochenschau dessen, was sich täglich im Haus am Eliasplatz begibt.

Eine Hausangestellte muß wegen eines Falls ins Krankenhaus. Beim Abschied verspricht ihr die „Gnädige Frau“ für sechs Wochen Lohn während der Krankheit. Als die Behandlung im Krankenhaus nun wirklich sechs Wochen dauert, hat die Gnädige plötzlich nichts versprochen. Sie verhöhnt das Mädchen noch: „Machen Sie doch, was Sie wollen! Sie haben ja nichts Schriftliches in der Hand!“ Das Mädchen weint fast vor Wut: „Und sie hat es gesagt! Ich kann es beschwören. Ich habe mit dem Geld gerechnet, jetzt wo ich sechs Wochen Karenzzeit durchmachen

muß und noch gar nicht wieder arbeitsfähig bin. Ich kann Zeugen bringen.“ — „Tun Sie das“, sagt der Richter, „Kammertermin am 2. Februar“.

Ein junger Fakturist, der jahrelang — wenn auch mit Unterbrechungen — in einer Fabrik tätig war, wird wegen fehlerhaften Arbeitens fristlos entlassen. Die Verhandlung ergibt, daß an diesen Fehlern weniger der Angestellte als das Antriebsystem des Betriebes schuld ist. Der Fakturist schrieb — das wurde nicht bestritten — täglich etwa 100 Rechnungen und hat in einem Monat ganze acht Fehler gemacht. Die Firma selbst berechnet den positiven Schaden nur mit reichlich 10 Mark. Die Firma weist den Vergleichsvorschlag des Richters zurück; sie will ein Urteil und wird, falls das Gericht in diesem Falle die fristlose Entlassung nicht anerkennt, in Zukunft jedem Angestellten schon beim zweiten Fehler ordnungsgemäß kündigen. Das Urteil lautet auf Zahlung von zwei Monatsgehältern bis zum ordnungsgemäßen Kündigungstermin.

Ein Radiohändler will sich ein Haus bauen und macht mit seinen drei Maurern Bezahlung in Kost, Logis und einem Radio-Apparat aus. Für alles zusammen ist gerade der Tariflohn errechnet. Ein Maurer glaubt sich bei der Lieferung des Apparates benachteiligt und klagt. Die Differenzen sind endlos. Sachverständige und Zeugen müssen gehört werden. Neue Termine werden angesetzt. Das Ganze ist ein typischer Fall jener bereits erwähnten unordentlichen Arbeitsverhältnisse.

Ein Handwerksmeister, den sein Lehrling um Lohn verklagt, muß zugeben, daß er vier

Lehrlinge und zuweilen, je nachdem, 2 bis 3 Gehilfen hat.

Einer kranken Angestellten wird nach fast 15jähriger Tätigkeit wegen Krankheit gekündigt, trotzdem man ihr schriftlich versprochen hat, das nicht zu tun. Die Firma wird zwar gezwungen, ihr noch drei Monate Gehalt zu zahlen; aber die feste Stellung ist sie doch los.

Ein Vertreter engagiert einen jungen Arbeiter als Plakatierer im Wochenlohn, in der Meinung, daß er ihm, wenn er selbst gerade nichts verdiene, auch nichts zu zahlen brauche, weil dann doch kein Geld da sei. Auch hier ist es schwer, Beweise für die Abmachungen zu erbringen.

Eine Bedienung klagt um die vom vorigen Arbeitgeber noch zurückbehaltene Versicherungskarte, ohne die sie keine neue Arbeit annehmen kann.

Ein Vertreter und Verkäufer klagt rückständiges Gehalt ein, weil man ihm in unzulässiger Weise die Steuern für mehrere Monate auf einmal abgezogen hat.

Dem Geschäftsführer eines Gastwirtsbetriebes wird durch eine geschickte Bilanz der Anteil am Reingewinn vorenthalten, der ihm nach gesundem Menschenverstand zusteht.

So geht es fort in endloser Reihe. Zuweilen gelingt es einem Gewerkschaftsvertreter, etwas für den Kläger herauszuschlagen. „Gestern habe ich soundso gesiegt!“ erzählt er dann einem Kollegen. Wir wissen seinen Arbeitsaufwand zu würdigen und verstehen rein menschlich seine Freude; aber die Gewerkschaften sollten über Teilerfolge nicht vergessen, daß ihre ursprüngliche Aufgabe war, ein mächtvoller Faktor im proletarischen Klassenkampf großen Stils zu sein.

Leser werbt für die SAZ

**UNS
KENNT
JEDER
BERLINER**

**6
STÜCK
20** ³

Zum Goethejubiläum / Von Anna Siemsen

Anna Siemsen wird in mehreren Artikeln über die Stellung des Sozialisten zu Goethe sprechen; die einleitende Betrachtung folgt hier. Gerade angesichts des Goetherummels, die die Bourgeoisie in diesen Wochen inszeniert, ist diese kritische Betrachtung von besonderer Wichtigkeit. D. Red.

Jubiläen sind nachgerade zu einem Riesengeschäft geworden. An dem hundertjährigen Todes- oder Geburtstag eines großen Mannes verdienen Verleger und Schriftsteller, verdienende Wissenschaft und Kunststiftungen, Jubiläumsausgaben und Jubiläumsartikel, Jubiläumsausstellungen und -aufführungen versprechen in einer so bildungsbehafteten Gesellschaft wie der unseren ziemlich risikolose Gewinne an Geld, Ruhm und steigendem sozialen Ansehen. Wenn zum Goethejubiläum ein preußischer Professor zu einer Tournee von fünfzig Goethevorträgen in die USA berufen wird, so hat er allen Anlaß, dies Jahr als goldenes zu betrachten. Und wieviele Hunderte, ja Tausende schöpfen sich ihren mehr oder weniger reichlichen Anteil an dem hundertjährigen Ruhm ab in Gestalt von Honoraren, Titeln und Beförderungen. Ist der Jubilar gar ein Nationalheld wie in unserm Falle, so reklamiert gleich das ganze Land seine Leistung für sich und demonstriert der in- und ausländischen Mitwelt an ihm, wie sehr Deutschland schon vor hundert Jahren in der Welt voran gewesen, und wie sehr es seither den Geis dieses Großen — Allergrößten — in all seinen Taten, Worten und Gedanken verkörpert habe. Das ist einmal nicht anders in einer Welt des Geschäftes und der Konkurrenz. Was zum Teufel ginge uns ein großer Toter an, wenn wir nicht einen Profit aus ihm herausziehen könnten!

Freilich fällt die 100. Wiederkehr von Goethes Todesjahr in eine verdammt schlechte Konjunktur. Die Weltpleite im allgemeinen und die ganz spezielle Pleite Deutschlands trüben den festlich verklärten Blick. Es ist nicht leicht, wenn man dermaßen im Schlamm der Rat- und Hilflosigkeit steckt, das richtige Zitat zu finden, das uns als „Erben und Mehrer des großen Vermächtnisses“ bestätigt. Es gibt freilich Goethezitate, die überraschend gut auf uns und unsere Zustände treffen. Aber wer mag die einem begeisterungsheisenden Publikum vorsetzen? Und der wohlklingende, jubiläumsfähige Dichterstich wiederum scheint durchaus fehl am Platze, wenn die Produktion stockt, die Währung wankt, die sichersten Kredite zu Wasser werden und die größten Unternehmungen zu finanziellen Trümmerhaufen. Wo die Erde bebzt und die Luft vom Staub und Getöse des Zusammenbruchs erfüllt ist, läßt es sich schwer feiern.

Noch schwerer fällt das, wo sich zur Angst vor der umdüsterten Zukunft die drängende Not des Augenblicks gesellt. Den fünf und einer halben Million erwerbslosen sagt ein Dichterjubiläum nichts. Und auch den Massen der Arbeiter und Angestellten, die den zusammenschumpfenden Lohn nicht mehr strecken können, daß er auch noch so kümmerlich ihre notdürftigen Bedürfnisse decke, auch ihnen ist das ganze Goethejahr ein leerer Schall, schlimmer vielleicht: ein Hohn auf ihre Not.

Und dennoch Goethe in einer Arbeiterzeitung? Allerdings. Wir haben freilich keinen Anlaß, ein Goethejubiläum zu feiern.

Wir haben keinen Anlaß mit Lorbeern, die wir einem Toten spenden, uns selber zu verherrlichen: „Denn er war unser.“ Wir haben aber allen Anlaß, heut' wie zu jeder Stunde nach Klarheit des Bewußtseins zu streben. Und die verleiht uns einzig die stete Auseinandersetzung mit unserer Umgebung, die unermüdliche Analyse der Welt, in der wir leben, durch die wir leben, und die wir leben, und die wir gleichwohl umgestalten müssen bei Strafe des Untergangs. Diese Umgestaltung ist nicht möglich aus dumpfen Gefühlen und Wünschen, sondern nur aus klarer Erkenntnis. „Gib mir einen Punkt, auf dem ich stehe“, sagte der Grieche Archimedes, „und ich will die Welt aus den Angeln heben.“ Dieser feste Punkt, von dem aus wir die Welt aus den Angeln heben können, ist die Erkenntnis unserer Wirklichkeit und ihrer geschichtlichen Bedingungen. Diese Wirklichkeit, deren Teil wir sind, halt uns gebunden mit ungezählten Gewohnheiten, Ueberlieferungen, Instinkten und Vorurteilen. Täglich erfahren wir ihre homöomorphe, fesselnde, jede Handlung verteilende Macht. Und zugleich existieren wir durch sie, saugen aus ihr unsere Nahrung geistig wie materiell, und ihr Untergang würde uns selber mit ins Verderben reißen. Unsere Aufgabe ist wie die des Arztes, der den eigenen Körper prüfend untersucht, gesunden Organismus von kranker Wucherung unterscheidet, und dann die Sonde anlegt, um Lebensfähiges vom todbringenden Geschwür zu trennen; wie die des Architekten, der im einsturzdrohenden Gebäude die Stellen findet, wo die vermodernden Balken, die klaffenden Gewölbe den Zusammenbruch voraussagen, und nun den neuen Plan entwirft, der ein neues Gebäude entstehen läßt und statt chaotischer Vernichtung eine gesicherte Ordnung.

Goethe aber ist ein wesentlicher Teil unserer Wirklichkeit. Er ist freilich nie ein Volksheros gewesen, wie man das uns so gern glauben macht. Sein Gesamtwerk, seine Persönlichkeit, sein Leben sind immer nur kleinen Kreisen bekannt gewesen. Er selbst hat alles getan, um den Zugang zu seiner Welt zu erschweren, denn er wußte sehr wohl, daß sein wahres Wesen

den lieben Mitmenschen unerträglich sei, und daß sie ihn schwer büßen lassen würden.

„Wer darf das Kind beim rechten Namen nennen?“

Die wenigen, die was davon erkannt, die töricht genug ihr volles Herz nicht wahrten, Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten, Hat man von je gekreuzigt und verbrannt.“

Und da nun in ihm nichts von Bekenner- oder Martyrertum war, so verbaute er den Weg zu seinen innersten Erlebnissen auf jede Weise.

Aber auch das, was von ihm bekannt wurde, was man sich aneignete, das Bild, das man sich so oder so von ihm machte, ging wenig ein in das Bewußtsein der großen Volksmassen. Schiller ist in ganz anderem Maße als ein Volksdichter geworden. Und Goethe hat durchaus recht behalten mit seinem Worte an Eckermann: „Mein Kind, ich will Ihnen ein Geheimnis anvertrauen: Ich kann nie populär werden.“

Und doch hat er einen ungeheuren Einfluß ausgeübt. So wenig seine Wirkung ins Breite ging, so tief war sie bei denen, die von ihr erfaßt wurden. Und von ihnen drang sie in unendlich vielen Kanälen bis in die fernsten Bereiche europäischer Gesellschaft. Sie war keineswegs beschränkt auf Dichtung, Literatur, Kunst. Sie griff über auf Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, erfaßte alle Gebiete des bürgerlichen Lebens. Sie war keineswegs einheitlich, sondern widerspruchsvoll und gegensätzlich. Kaum ein bedeutender Geist in Deutschland, der nicht seine Welt- und Lebensauffassung begründete mit der goetheschen, wie er sie verstand. Man kann nicht nur die beiden Hauptströmungen jügerlicher deutscher Gesinnung, die liberal-fortschrittliche und die autokratisch-imperialistische, auf ihn zurückleiten, unendlich viele Nebenwasserläufe, oft absonderlicher Art, nehmen von ihm ihren Ursprung. Das rührt von der einzigartigen Stellung des Mannes her. Er steht am Beginn unserer Epoche, vereinigt in sich, was später sich feindselig trennte und ist, an der Wiege des modernen Deutschlands, der höchste Ausdruck der Tendenzen, die sich nach ihm entfaltet haben.

Was ist er dem kämpfenden Proletariat? Darauf gibt es eine sehr einfache Antwort.

„Der Herr Geheimrat hat nichts mit uns und wir nichts mit ihm zu tun. Er war Zeit seines Lebens ein Aristokrat. Seine Welt der kleinen Höfe und der spießbürgerlichen Beschränktheit ist längst versunken. Wir können sie und ihn nur noch betrachten, um den Abgrund festzustellen, der uns von einander trennt.“

Diese Ansicht hat wie jede einseitige Ansicht ihr Recht, und sie hat, wie jede einfache Antwort, ihr gefährlich Falsches. Goethes Welt ist versunken. Er war kein Prophet unserer Zeit und ist noch weniger ein Prophet unserer Zukunftskämpfe. Er ist sogar weit weniger als Lessing oder Schiller Vertreter des bürgerlichen Freiheitskampfes und damit Wegbereiter auch der sozialistischen Ideen. Wer aber meint, daß er deswegen für uns tot und erledigt sei, der ist genötigt, ebenso die gesamte europäische Kultur und darüber hinaus die gesamte bisherige Kultur der Menschheit zum überlebten Pflunder zu werfen, um aus dem Nichts die neue Kultur der sozialistischen Gesellschaft zu erbauen. Wir können das nicht. So wenig wir auf Technik und Naturwissenschaft verzichten, weil sie aus der bürgerlichen Gesellschaft erwachsen, so wenig vermögen wir Anschauung, Denken, Sprache und Lebensform, das ganze gewaltige Erbe der Vergangenheit, das in uns lebt, und durch das wir leben, zu zerstören.

Der Sozialismus ist der Erbe der ganzen Menschheitskultur. Er ist zugleich ihr Neugestalt. Aber er vermag das nur zu sein, wenn er bewußt die Vergangenheit erlebt und überwindet. Kaum bei einem Großen der Vergangenheit ist diese Aufgabe so schwer, aber auch so dankbar wie bei Goethe. Sein Jubiläum wird uns überschütten mit kritiklosen Huldigungen und mit den Versuchen, seine Autorität in Anspruch zu nehmen für die jeweilige eigene Ueberzeugung vom Hiltum zum Sozialismus, vom Kriegesrausch bis zum Paneuropatismus. Setzen wir dem entgegen die Nüchternheit der gesellschaftlichen Betrachtung, die Hingabe, die jede große geschichtliche Erscheinung beanspruchen kann, die Ehrfurcht, die gerade der Revolutionär vor jeder starken menschlichen Wirkung empfindet.



„Man braucht kein Geld“

Uraufführung im „Capitol“.

„Es ist gar nicht nötig, daß die Leute Geld sehen, Hauptsache ist, daß sie es richen“ — ein goldenes Wort, Musik zum Tanz ums goldene Kalb! Der Onkel aus Amerika bringt seinen kleinen Verwandten das heißersehnte Kapital nicht mit ... doch wer braucht das zu wissen? Hauptsache, daß die kleine Stadt die nicht vorhandenen Millionen „riecht“; die Morgenröte unermesslichen Kredits vergoldet die graue Oekonomie. Auf dem Operationstisch modernen Bankbetriebs kann man durch bargeldlose Transaktionen einen total toten

Mann lebendig fingern, und taube Aktien steigen jäh, das Geld der kleinen Leute fließt in die leeren Tresors, ein schläfriges Krähwinkel blüht auf über Nacht und wird Großstadt. „Entweder man lebt moralisch, oder man macht Geschäfte. Der Staatsanwalt ist anderer Meinung? Dann steht Meinung gegen Meinung! Und wenn der Onkel schließlich nicht bezahlen kann? Dann ist Inflation! Hat man vielleicht die Leute bestraft, die Inflation gemacht haben? Na also! — Und das logische Amen dieses Rosenkranzes lautet: „Man braucht kein Geld!“

Wenn dieses Lustspiel ein guter Tonfilm ist, so liegt der Akzent dabei durchaus auf dem „Ton“; der gesprochene Witz dominiert, spezifisch Filmisches ist wenig wichtig; Atelierpuppenhäuschen und Pappdeckellandschaft, durch die das Kindereisenbahnchen mit dem Scheinmillionär fährt, sind dem satyrischen Stil der Komödie, vielleicht ohne Absicht, entsprechend.

Man braucht kein Geld! Seht euch das an!

Das Hohelied der Korruption, die lächerliche Moritat des Kapitals in unsern Tagen, das Bild einer Gesellschaft, die tiefer gar nicht sinken kann: sie schämt sich nicht im geringsten, die eigene Grimasse anzugrinsen in zynischer Selbstpersiflage. Und wenn der Onkel endlich, das goldene Kalb wider Willen, da er als „Wohltäter der Stadt“ der feierlichen Enthüllung seiner Büste beiwohnen soll, sich wehrt, fast schluchzend: „Büste? Aber warum denn?! Ich bin doch mein Leben lang ein anständiger Mensch gewesen ...“ so tut sich hier ein Abgrund kritischen Tiefsinns auf, angesichts dessen dem Wissenden das Herz im Leibe lacht. Und, daß nicht anzunehmen ist, daß die Emelka in vollem Umfange wußte, was sie tat — mein Gott, was ist denn dabei! Jeder weiß ja, wie es heutzutage zugeht! — das gibt für uns der Satyre den letzten Effekt! Da in diesem Falle die Selbsterkenntnis der fauligen Gesellschaft mitnichten dem ersten Weg zu ihrer Besserung entspricht; im Gegenteil!

Else Rützel.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

40. Fortsetzung.

Die Dame sucht ihr Bild in dem Spiegel. Die Unterredung hat ihren Augen Glanz verliehen. Sie kann sich nicht verhehlen, daß das Kompliment des Professors ihr nicht unerdient erscheint. Wollte sie wirklich Gift, wollte sie wirklich aus dem Leben flüchten? Wollte sie nicht vielmehr jetzt erst, da sie wußte, daß alles zu Ende ging, das Leben wirklich leben, — bewußt, jede Minute wie eine Kostbarkeit? Man wollte sie operieren, zerschneiden, — gut, sie war bereit, alles auf sich zu nehmen. Man konnte auch so noch weiter leben. Es war besser, als halber Mensch zu leben als gar nicht. Besser Qualen erdulden, als nichts mehr fühlen, überhaupt nichts mehr sehen, nichts mehr wissen. Oder belügt sie sich jetzt nicht selbst? Warum hat sie diesen Unbekannten in ihr Zimmer gelockt? Hat sie Angst vor dem Alleinsein? Planlos geht sie im Zimmer auf und ab. Plötzlich fällt es ihr ein, zu lachen, über sich selbst zu lachen.

Der Professor schaut sie an, als ob er Angst um ihren Geisteszustand hätte.

„Es ist wirklich komisch, ich suche die Zeitschrift „Gesellschaftliches Leben im Süden“, deshalb telephonierte ich vorhin nach dem Stubenmädchen und war ungeduldig, als es nicht kam. Sie können sich nicht vorstellen, Herr —“

Der Professor holt das Versäumnis nach und stellt sich vor.

„Ich hasse das Leben, das ich bisher geführt habe, es erscheint mir heute erschreckend nutzlos und leer, und doch will ich unbedingt

wissen, welche meiner Bekannten eine Gesellschaft gab, wer im Bridge gewonnen hat und was es Neues in unserem Landklub gibt.“

„Ja, wir können nicht aus unserer Haut und können nicht über unseren eigenen Schatten springen; wir sind verurteilt, unser vergangenes Leben nie von uns abschütteln zu können.“

Die große Dame aus der kleinen Stadt denkt an ihr vergangenes Leben: sie ging dreimal wöchentlich zu Bridgepartien, jeden Sonntag in die anglikanische Kirche, die vornehmste der Stadt; sie hatte gesellschaftliche Verpflichtungen, besuchte Hochzeiten, Taufen und Begräbnisse der Gesellschaft. Das Leben bestand aus Zeremonien, die jede Wirklichkeit verdeckten.

Sie war über das Einkommen ihrer Bekannten, über die Kleiderrechnungen ihrer Freundinnen, über die Kosten der Gesellschaften, die diese gaben, über die guten und schlechten Eigenschaften ihrer Dienstmädchen und Ehefrauen informiert. Sie kannte die Erbschaftstreitigkeiten und die Scheidungsaffären der Gesellschaft, die sich in der Hauptsache auch nur um das Geld drehten. Das war ungefähr alles, was sie über das Leben wußte. Und nun sollte es zu Ende sein, unwiderruflich zu Ende.

„Das Schreckliche ist, daß ich Angst habe, Angst nicht nur vor dem Ende, sondern auch vor mir selbst. Ich will noch darüber lesen, es schwarz auf weiß sehen, wie das Leben zu Hause ist. Aber ich kann nicht mehr zurück, ich kann nicht mehr in mein Heim. Ich glaube nicht mehr an das Leben, das ich bis jetzt

geführt habe. Begreifen Sie aber, was es bedeutet, ohne feste Ueberzeugungen zu leben, ohne irgendeine Hemmung? Ich brauche ja nichts mehr zu fürchten, da ich bestimmt weiß, das endgültige Ende kommt bald. Und doch fürchte ich mich vor mir selbst. Retten Sie mich, Professor, beschaffen Sie mir Gift.“

Der Professor sieht eine Aufgabe vor sich, er muß die Unbekannte trösten. Dieses Trösten könnte vielleicht ihm selbst zum Trost dienen.

Er steht auf und nähert sich ihr. Erst läßt er seine Hände vorsichtig auf ihren Armen ruhen; sie strafft ihn nicht für seine Kühnheit. Ihre Hemmungslosigkeit ist also doch schon ziemlich fortgeschritten! — diese Feststellung gewährt dem Professor eine gewisse Befriedigung. Er zweifelt nicht daran, daß es ihm gelingen würde, sie dem Leben zurückzugewinnen. Und diese Lebensrettung könnte vielleicht auch ihm Angenehmes bringen.

Er ist selbst überrascht, als nun seine Arme die Dame auf leidenschaftliche Weise umfassen. Er ist ein Menschenfreund, will trösten. Welchen anderen Trost kennt die Kreatur als diesen?

„Ich fürchte mich vor dem Tier in mir.“

„Unsere tierischen Freuden sind noch die einzig menschlichen“, hört sich der Professor sagen. Seine eigene Verderbtheit erfüllt ihn mit Scham, aber auch mit Freude.

Während der Spanne einiger Minuten verißt die Dame ihre Krankheit, den Tod und das „Gesellschaftliche Leben im Süden“, — der Professor seine Frau, das Garn und die „neue Jugend“.

Aber es dauert nicht lange und alles fällt ihnen wieder ein: der Lärm von draußen dringt ins Zimmer.

„Warum rufen Sie nicht die Polizei, wenn die Leute nicht parieren wollen?“ Schriell tönt eine laute Stimme durch den Korridor.

„Ich verklage das Hotel auf Schadenersatz.“

„Ich habe vor zehn Minuten nach der Schneiderei telephoniert und niemand kommt, das ist unerhört, ich kann doch nicht in zerdrückten Kleidern ausgehen.“

„Sofort, einen Augenblick Geduld.“

Leider ist Fräulein Wesley die einzige, die ihre Geduld nicht verliert.

Jetzt fällt dem Professor schuldbehaftet das Garn seiner Frau ein.

„Ich muß leider kanariengelbe Wolle besorgen.“ Er kann nicht länger seine Zeit der Unbekannten widmen, um sie zu trösten.

Uebrigens telephoniert auch sie schon wieder; sie verlangt nach dem Stubenmädchen, man habe eine wichtige Zeitschrift verlegt.

Frau Strong ruft an, sie fordert die beste Büglerin des Hotels für den Brautschleier.

„Sofort, gnädige Frau.“

Fräulein Wesley findet, daß sie noch nie eine schlimmere halbe Stunde erlebt hat. Menschen, die nicht gewohnt sind, auf die Erfüllung ihrer Wünsche zu warten, können recht unbehaglich werden, wenn Hindernisse auftauchen. Schon allein die Vermutung, man lasse sie unbeachtet, erschüttert ihre Sicherheit. Es kann also geschehen, daß die Welt nicht allein für sie da ist. Aber man konnte sich ja wehren! Und sie taten es nun laut und vernünftig. Jede Minute, die sie vergeblich warten, erscheint ihnen endlos. Man wagt, sie herauszufordern ...! Das Schlimmste ist, sie fühlen sich hilflos, nur auf sich gestellt, mißachtet.

„Soll ich vielleicht in einem erstklassigen Hotel mein Zimmer selbst machen?“ schrie die hysterische Dame, „ich erwarte Gäste, ich erzähle ihnen das nun schon seit einer halben Stunde.“

Fräulein Wesley beschäftigt sich bereits ernstlich mit dem Gedanken, einfach selbst auszuruhen, als sie die Arbeitsuniformen des Personals auftauchen sieht.

Auf allen dreißig Stockwerken erlebten die Etagenvorsteherinnen Ähnliches wie Fräulein Wesley; die Szenen, die sich abspielten, waren die gleichen und auch die Erleichterung bei dem Erscheinen der Arbeitsuniformen war überall dieselbe.

Langsam kommen die Stubenmädchen, die Scheuerfrauen, die Hausmänner, die Fagen ... Sie haben es noch immer nicht so eilig.

Nürnberg

Gewerkschaftliche Vorträge für erwerbslose Verbandsmitglieder werden jeden Dienstag und Freitag, von 15 Uhr ab, im Setzsaal der alten „Pagespost“, Breite Gasse 25/27, gehalten. Themen bis jetzt: „Wie verschaffe ich mir im Betriebe Recht?“ — „Wirtschaftsfragen“ — „Der Tarifvertrag und seine Unabdingbarkeit“ — „Bedeutung des Betriebsrätegesetzes einen wirklichen Schutz für den Arbeitnehmer?“ — Bis jetzt zeigten alle diese Referate ausnahmslos reformistische Tendenzen. Die Mehrzahl der Anwesenden, meistens Jungbannerleute, nehmen die Darbietungen ohne jede Äußerung hin. Spricht einer unserer Genossen sachlich zu dem Punkt, wird er niedergebrellt von den Leuten, die zu dem Stoff Stellung zu nehmen selbst nicht imstande sind. Man will uns verhindern, „Politik“ zu treiben, die Reichsbannerleute aber nehmen sich heraus, Andersdenkende durch ihre Schläger herauszufordern. Wir fürchten solchen Blödsinn der Jungbannerleute nicht. Genossen, alle hinein in die Vorträge der Gewerkschaften und anständige sozialistische Gesinnung hineingetragen!

Um Freiheit und Leben! Unter dieser Parole „kämpfte“ die hiesige Ortsgruppe der SPD im „Herkules“-Saalbau in einer überfüllten Kundgebung. Kundgebung — darunter versteht die Sozialdemokratie seit einiger Zeit eine große Veranstaltung, die ihr manche Vorteile bietet. Die Kundgebungen verlaufen im allgemeinen würdig — fast so, wie hohe Kirchenfeiern. Bei brennenden Fragen kommt der Referent glücklich um die Klippen einer weniger würdigen, aber desto schärferen Aussprache herum, weil sie nicht vorhanden sind. Man ist so schön unter sich. Die hehre Stimmung wird nicht zerrissen durch die Kritik ewig „Unzufriedener“. Mag auch der einfache Genosse lachen und wettren, an den Wohlfahrts- und Stempelstellen sich eigene Gedanken über den Kampf seiner Führer machen, wenn nach dem feurigen Rhythmus des Stierkämpfermarsches die noch lebendigeren Worte des Redners an sein Ohr dringen, dann ist er zumeist erledigt. Er nimmt alles gläubig hin, hat nichts an dem Vortrag zu prüfen, nichts zu fragen, weil es nichts zu fragen gibt. Aussprache findet ja nicht statt. Genau wie in gewissen Häusern. Einer spricht von einer höheren Warte, alle anderen dürfen es glauben und singen. Dann Schluß. So kommt nichts aus der Ordnung. Mit dem ihr eigenen rednerischen Feuer schilderte Toni Sender, wie die großen Massen in Bewegung gesetzt werden durch — Hitlers zweideutiges „Weg mit diesem System“. Trotz 107 Naziabgeordneten ist weder das dritte Reich noch Besserung gekommen. Der Faschismus senkt die Lebenshaltung der Massen. Wir werden ihn aber besiegen durch Zusammenschluß und Ausbau der „Eisernen Front“. Wer nun nach dem rasenden Beifall der SPD-Genossen glaubte, über den Kampf noch einiges zu hören, mußte erfahren, daß das Referat zu Ende war. Die Anwesenden selbst waren nicht so neugierig. Zum Schluß tat der zweite Vorsitzende den erschrecklichen Schwur: „Wo der Kopf eines Arbeiters rollt, werden drei faschistische Köpfe rollen, wo sich eine Schlinge um den Hals eines Arbeiters legt, werden sich Stricke um vier Faschistenhälse legen!“ Mit stürmischem Beifall wurde dies von den kampfbegeisterten SPD-Genossen aufgenommen. Die „Fränkische Tagespost“ hat darüber nichts geschrieben. Nun, wir verstehen das. Sie sind zu weit gegangen, Genosse Lowig! — Nur schade, daß durch solche Veranstaltungen die Arbeiter vom wirklichen Kampf abgelenkt werden. Sie aus den reformistischen Fesseln zu befreien, muß unsere vornehmste Aufgabe werden. Das ist schwer, hier in der Burg des Revisionismus. Aber es wird gehen, wenn wir zusammenstehen.

Eßlingen

In unserer reformistischen Hochburg fand eine glänzend besuchte Versammlung mit der Genossin Düby, Berlin, statt. Die SAP-Ortsgruppe ist gefestigt und geht mit verstärkter Kraft an neue Arbeit. Unsere Bewegung in Württemberg ist wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Köln

„Auf dem Wege zur Einheitsfront.“ Am 1. Februar hatte die KPD zu einer öffentlichen Versammlung mit dem Thema: „Hindenburg oder Thälmann“ aufgerufen. Vor etwa 150 Zuhörern referierte der Landtagsabgeordnete Pinnecke. In der Diskussion sprach u. a. unser Genosse Römer. Auf eine von kommunistischer Seite eingebrachte Resolution, welche eine überparteiliche örtliche Kommission gewählt wissen wollte, erklärte unser Genosse, es sei eigentümlich, daß man jetzt eine Front aufziehen wolle, die unser Hauptvorstand vor Weihnachten schon von den linksstehenden Parteien verlangt habe. Er müsse es ablehnen, in diesen Ausschub sich wählen zu lassen, es sei denn, daß die KPD einen dergleichen Antrag an den Vorstand der SAP richte. Im übrigen sei es für jeden SAP-Genossen klar, daß er zehnmal lieber Thälmann als Hindenburg wählen würde.

Düsseldorf

Bezirkskonferenz des Gesamtverbandes für Rheinland und Westfalen. Der Mitgliederbestand ist 34 783 auf 34 133 gesunken. Die Anzahl von Unterstützungen an Erwerbslose ist von 46 476 im 3. Quartal auf 59 957 im 4. Quartal gestiegen. An Krankenunterstützung wurde im 3. Quartal ein Betrag von 43 391 RM. und im 4. Quartal von 38 025 RM. gezahlt. Seitens der Diskussionsredner wurde Kritik an den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen des Berichterstatters geübt. Die Ausführungen des Genossen Reißner, Berlin, waren sehr unsachlich. Er entwickelte eine kapitalistische

Das blamierte „Freie Wort“

Ernst Heilmann wird genasführt

Er druckt Artikel eines Deutschnationalen gegen Sozialdemokraten!

Vor etwa Jahresfrist erschien unter der Überschrift „Im engen Kreis verengert sich der Sinn — eine Kritik an der Kleinstadt-SPD“ im „Freien Wort“ ein Artikel von Mathilde Ritz. In diesem Artikel wurde eine noch stärkere Verbürgerlichung, eine bessere Anpassungsfähigkeit an das Kleinstadtmilieu in politischer, aber auch gesellschaftlicher Beziehung gefordert.

Wohl mancher hat sich damals gewundert, wie es möglich ist, daß derartige Ansichten von einem SPD-Mitglied vertreten werden könnten. Ernst Heilmann jedoch, der sonst jedem Artikel, der ihm nicht ganz gefällt, persönliche Bemerkungen anhängt oder ihn nicht veröffentlichte, hatte in diesem Falle nichts einzuwenden.

Um so größer die Blamage, wenn man nun erfährt,

daß dieser Artikel geschrieben wurde von dem deutschnationalen Stadtverordneten Harang aus Mülcheln bei Merseburg, und daß er sich in erster Linie gegen die Stadtverordnetenfraktion der SPD in Mülcheln wandte. Der Führer der SPD in Mülcheln (Meinicke) hatte in einigen Bei-

trägen im „Freien Wort“ seine Ansichten breitgetreten, und Mathilde Ritz alias Harang fand bei Heilmann Gelegenheit, demgegenüber in versteckter Weise bürgerliche Ansichten im „Freien Wort“ zu propagieren,

natürlich gegen Honorar.

Die Sache kam durch folgende Notiz im „Geiselsboten“, dem Lokalblatt von München, ans Licht:

„In welcher Weise das über ganz Deutschland verbreitete Diskussionsorgan einer politischen Partei die örtlichen Verhältnisse zum Anlaß für propagandistische Zwecke verwendete und wie dem mit gleicher Waffe begegnet wurde, darüber soll unter „Verschiedenes“ in der Generalversammlung des Bürgervereins für städtische Interessen gesprochen werden.“

Wenn Lächerlichkeit töten würde, so wäre Ernst Heilmann an jenem Abend gestorben; denn Herr Harang wurde bei seiner Berichtserstattung im Bürgerverein von stürmischen Lachsalven unterbrochen.

Nun sage noch einer, es würde in der SPD keine Meinungsfreiheit geben!

Ideologie. Tolerierungspolitik als das kleinere Uebel betrachtend, unterstützte er die Politik der SPD. Ueber Rußland sprach er nicht objektiv. Auch vertrat er die Tarnowsche Auffassung, daß wir „Arzt“ am Kapitalismus sein müßten. Das reichlich zweistündige Referat des Genossen Reißner fand in der Aussprache lebhaften Widerhall. Ganz scharf wandte sich der erste Diskussionsredner gegen die Auffassung des Referenten. Er führte aus, daß in der jetzigen Krise kein anderer Weg offen bleibt als Kampf, um zum sozialistischen Staat zu kommen. Auch die nachfolgenden Redner traten für Kursänderung in den Gewerkschaften ein und verlangten Schluß mit der Tolerierungspolitik. Nur ein Redner, bezeichnenderweise ein Gewerkschaftsangehöriger, hielt es für nötig, im Sinne der SPD zu reden. Jedenfalls bewies die Konferenz, daß die in Arbeit stehenden Kollegen einmütig der Auffassung sind, daß mit den bisherigen Praktiken nicht durchzukommen ist. Die immer stärker werdende Opposition im Sinne der SAP wird die Gewerkschaftsführer zwingen, den noch aufgeschobenen Kampf zu eröffnen.

Duisburg

An alle klassenbewußten Arbeiter. Die deutsche Arbeiterklasse steht am Vorabend schwerwiegender Entscheidungen. Der Faschismus schiebt sich an, die Staatsmacht zu ergreifen. Die Herrschaft des Faschismus bedeutet die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, blutigen Vernichtungskampf gegen die klassenbewußten Arbeiter, Krieg gegen Sowjetrußland und die Zurückwerfung des Proletariats aller Welt auf Jahrzehnte hinaus. Arbeiter Duisburgs! Klassengenossen! Wo immer ihr politisch stehen mögt, ihr dürft nie und nimmer zulassen, daß es so weit kommt.

Wir stellen keinem Genossen, der sich an der gemeinsamen Kampffront gegen den Faschismus beteiligen will, als Vorbedingung, seine politische Überzeugung preiszugeben. Wir stellen absichtlich nur kleine, minimale Forderungen auf, weil wir wollen, daß sich jeder Arbeiter, unbeschadet seiner politischen Einstellung, in dieser Front einreihen kann. Als Basis für den gemeinsamen Kampf schlagen wir unter der Parole vor: Der Faschismus muß geschlagen werden, bevor er zur Macht kommt! 1. Kampf gegen Faschismus und Schaffung eines überparteilichen, antifaschistischen Abwehrkartells aller proletarischen Organisationen und der Betriebe. 2. Gegen die Notverordnungspolitik. 3. Gegen Lohn- und Gehaltsabbau. 4. Gegen die Zerschlagung der Sozialpolitik und des Tarifrechts. 5. Schaffung einer einheitlichen Abwehrorganisation. Wir fordern darum die Führungen aller politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, Sport- und Jugendorganisationen des Proletariats und zugleich die breiten Arbeitermassen in den Betrieben und Stempelstellen, in den Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen auf, zu unserm Aufruf Stellung zu nehmen. Wir laden die Organisationen ein zu einer öffentlichen Versammlung, Donnerstag, 11. Februar 1932, in der Tonhalle, 20 Uhr. Thema: „Unser Kampf gegen den Faschismus.“ Referent: Dr. Fritz Sternberg (SAP). Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands Groß-Duisburg.

Die unterzeichneten Organisationen schließen sich diesem Aufruf an und fordern die Arbeiterschaft auf, an der öffentlichen Versammlung der SAP teilzunehmen. Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) Groß-Duisburg, gez. O. Triebel. Freie Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten) Groß-Duisburg, gez. Alfred Metz. Gemeinschaft proletarischer Freidenker, gez. Rabenstein. Sozialistischer Jugendverband, gez. Fritz Ring. Sozialistischer Schutzbund.

Dortmund

Die Freie Volksbühne veranstaltete am Mittwoch im Rahmen eines Bunter Abends eine Werbekundegebung im Haus der J. und. Namhafte Künstler und das Schülerorchester hatten sich unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Durch ihre wirklich erstklassigen Leistungen haben sie der Freien Volksbühne zu einem

vollen Erfolg des Abends verholfen. Wir wollen hoffen, daß noch ähnliche gute und billige Veranstaltungen dieser ersten folgen werden.

Bochum

Welche Wertschätzung sich ein sozialistischer Kämpfer in der arbeitenden Bevölkerung während eines kurzen Lebens von 46 Jahren erwerben kann, bewies die am 3. Februar stattgefundene Beerdigung unseres Genossen Gustav Hillemann, Bochum-Dahlhausen. Fast alle Sparten der Arbeiterorganisationen traten an und bildeten einen langen Trauerzug, der mit roten Fahnen angeführt wurde vom Sozialistischen Jugend-Verband. Als Mitglied des „Volksbundes für Geistesfreiheit“, dem Genosse Hillemann über ein Jahrzehnt angehörte, hielt der 2. Vorsitzende Reinke, Dortmund, die Grabrede für den ihm persönlich bekannten Toten. Seit früher Jugend aktiv im politischen und wirtschaftlichen Kampfe tätig, war er stets, wenn grundlegende Änderungen der Taktik sich notwendig machten, bei den Gruppen zu finden, die die rote Fahne des Sozialismus hoch und rein hielten. So kam er zur SAP als Mitglied.

Ratingen

Aus dem Bericht des Bürgermeisters in der letzten Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses ging hervor, daß sich der Ende Oktober 1931 errechnete Fehlbetrag von 282 000 Mark inzwischen auf rund 275 000 Mark gesenkt hat. Mit dem aus dem Jahre 1930 übernommenen insgesamt also rund 400 000 Mark ungedeckter Fehlbetrag. Durch die 4. Notverordnung entstand ein Einnahmeausfall durch Rückgang der Reichssteuerüberweisungen von 31 000 Mark und an Pacht und Mieten von 16 000 Mark, insgesamt 47 000 Mark. Ersparnisse bis zum Schluß des Etatsjahres glaubt die Verwaltung auf Grund der 4. Notverordnung zusammen 58 920 Mark machen zu können (Senkung der Gehälter und Löhne von 10 200 Mark, Senkung von Hypothekenzinsen und Mieten 400 Mark, Erhöhung der Umsatzsteuer 3500 Mark). An Personalkosten sollen 3040 Mark, durch Senkung der Arbeitsstunden der städtischen Arbeiter 1700 Mark, durch Stellenabbau 740 Mark, Senkung der Zuschüsse der höheren Schulen (Privatschulen) 920 Mark, sowie durch Verminderung des nebenamtlichen Unterrichts am Realgymnasium 1000 Mark eingespart werden. Durch Heruntersetzung der Fürsorgersätze des Bezirksfürsorgeverbandes werden 14 420 Mark herausgewirtschaftet. Und das, trotzdem die Zahl der Wohlfahrtsverwiesenen ständig im Steigen begriffen ist und am 1. 2. die Zahl von 1200, die verwaltungseitig erst für März errechnet war, bereits erreicht ist. An Mehreinnahmen „hofft“ die Verwaltung herinzubekommen ein Viertel des für die Neubautätigkeit bestimmten Anteils an der Hausinssteuer für allgemeine Verwaltungszwecke 13 000 Mark, und Bewilligung eines Ergänzungszuschusses für persönliche Volksschulzwecke von 10 000 Mark. Um nur die allerdingendsten Ausgaben, wie Auszahlung der Unterstützungen, der Löhne und Gehälter sowie der Kreissteuern sicherzustellen, mußten alle anderen Zahlungen zurückgestellt werden. Der Stadtverordnetenversammlung soll vorgeschlagen werden, zur Errichtung von 32 Siedlerstellen die erforderlichen Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Einwohnerstatistik. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Januar 18 936. Am 1. Februar betrug sie 18 897.

Für die Zeit vom 6. bis einschließlich 9. Februar (Karneval) ist die Polizeistunde für sämtliche Gast- und Vergnügungsstätten auf 5 Uhr morgens festgesetzt. Das Tragen von Masken auf Straßen und öffentlichen Plätzen ist verboten.

Auf eigenem Platz. Die Fußballabteilung der „Freien Turnerschaft“ sieht einen lange von ihr verfolgten Plan in kurzer Zeit Wirklichkeit werden. Auf dem Gelände zwischen Lörchen und Plattgesheide wurde ihr

vom Spar- und Bauverein ein Grundstück zur Herrichtung eines eigenen Sportplatzes gegen eine geringe Jahrespacht — im ersten Jahre pachtfrei — überlassen.

Meuselwitz

Bergarbeiter, zieht die rechte Lehre daraus! Mitte Dezember wurde der auf der Grube „Bruderzeche“ beschäftigte Heuer St. Sw. fristlos entlassen, weil er die abblösende Kameradschaft gefragt hatte, wie hoch ihre jeweilige Leistung vor der Arbeit ist (!). Einer der abblösenden Kameradschaft, der Lehrhauer B. aus Knechtzsch, teilte der Werksleitung das Gespräch mit, und diese ersann aus der Unterhaltung einen Verstoß gegen die „guten Sitten“. Die Werksverwaltung behauptete, der Häuer St. Sw. habe mit seiner Äußerung versucht, die beiden Arbeiter zu beeinflussen, ihre Leistung einzuschränken, damit das Gedinge für die betreffende Arbeit nicht gekürzt werden könne. Darin erblickte die Werksleitung eine Schädigung des Betriebes und entließ kurzerhand den beschuldigten Häuer. Der Häuer St. Sw. war ein guter Arbeiter, aber er war ein überzeugter Freigewerkschafter und pochte bei jeder Gelegenheit auf seine tariflichen Rechte. Solche Leute kann man natürlich heute nicht mehr im Betrieb gebrauchen. Die Werksleitung hatte aber in ihrem Eifer, einen unbeliebten Arbeiter loszuwerden, einen recht dummen Fehler gemacht. Sie hatte nämlich gesagt, daß der Häuer ihr schon viele Scherereien gemacht habe, er gehe bei jeder Gelegenheit zum Arbeiterrat und zum Arbeitsgericht, und das ließe man sich nicht mehr gefallen, solche Leute könne man nicht gebrauchen. Ferner hatte die Werksleitung einige Tage zuvor dem Vertreter der Belegschaft mitgeteilt, daß sie ein „Exempel statuieren werde, damit die Belegschaft merke, daß es nicht mehr wie vor drei Jahren“ sei. Aus all dem war für die Arbeiterschaft der „Bruderzeche“ ersichtlich, daß hier eine Maßregelung nach dem Muster „der guten alten Zeit“ vorgenommen werden sollte. Da wir aber diese Zeit nicht mehr haben und das Dritte Reich noch nicht da ist, konnte der entlassene Häuer durch seinen Arbeiterrat Klage gegen die Entlassung beim Arbeitsgericht erheben. Jetzt fand nun vor dem Arbeitsgericht Altenburg (Spruchkammer Meuselwitz) die Verhandlung statt. Die Zeugenaussagen ergaben die Unschuld des entlassenen Häuers. St. Sw. der nach Angabe der Werksverwaltung fast immer den Spitzenlohn verdiente, hatte es gar nicht nötig, andere zu beeinflussen, um mit seiner Arbeitsleistung fortzukommen. Das hat auch das Arbeitsgericht erkannt. Der Kronzeuge des Arbeitgeber, der Lehrhauer H. B., der von sich aus früher einmal behauptete, den Schutz des § 51 zu besitzen, was er aber jetzt vor dem Arbeitsgericht bestritt, versuchte nach allen Regeln der Kunst, seinen Arbeitskollegen zu belasten. Trotzdem gelang es der Werksleitung nicht, dem Häuer St. Sw. einen „Verstoß gegen die guten Sitten, nachzuweisen, und das Arbeitsgericht verkündete folgendes Urteil: Der Häuer St. Sw. ist innerhalb 3 Tagen wieder einzustellen, oder die „Bruderzeche“ zahlt ihm 480 Mark Abgangsentchädigung. — Bergarbeiter, es wird höchste Zeit, daß ihr euch organisiert! Es geht um eure politische Freiheit, um eure gewerkschaftlichen Rechte. Sind die Nazis einmal am Ruder, dann ist es zu spät. Hinein in die freien Gewerkschaften, hinein in die SAP! Schließt die Reihen zur Einheitsfront!

Altenburg

Mit dem Versprechen der Preisherabsetzung hat man der Arbeiterschaft die Herabsetzung der Löhne und Gehälter schmackhaft gemacht. Wie diese Preisenkung aussieht, zeigt deutlich der Kampf um die Milchpreise in Altenburg. Unter Berufung auf das Reichsmilchgesetz will man den Verbrauchern hohe Milchkartellpreise schmackhaft machen. Man hat zwei Privatunternehmern, dem Milchhof und der Molkerei Gimmel, das alleinige Monopol verliehen, die Belieferung der Bevölkerung wahrzunehmen und den Milchpreis zu bestimmen. Die Händler setzten sich zwar gegen die Vergewaltigung zur Wehr, haben aber dann im letzten Moment den Rückzug angetreten. Nun liegen sich Molkereibetrieb und Händler in den Armen und sind sich einig in dem Bestreben, jede freie Konkurrenz auszuschalten, den Preis zu diktieren und so einen Raubzug auf die Taschen der Verbraucher durchzuführen. Ob die Verbraucher damit einverstanden sind, danach wird nicht gefragt. Der festgesetzte Preis ist zu zahlen, und wer es nicht kann, der muß sich eben den Milchgenuß abgewöhnen. Alle Welt erwartet einen wirksamen und fühlbaren Preisabbau, statt dessen überfällt man die Verbraucherschaft mit solchen Preisexperimenten und erklärt öffentlich, daß Preise, die unter dem Monopolpreis liegen würden, nur durch unlautere Kalkulation möglich seien. Zuerst konnte man den Liter Milch für 22 Pfg. erhalten, dann für 24, und jetzt wurde der Preis allgemein auf 26 Pfg. erhöht. Gleichzeitig preisen verschiedene Landwirte die Milch mit 17 Pfg. und darunter an. Wenn dagegen ein Preis von 26 Pfg. gefordert wird, so ist das gegenüber dem, was die Molkereien an die Erzeuger zahlen, ein Aufschlag von fast 100 Prozent. Diese Art von Preisbildung muß die Empörung der gesamten Bevölkerung hervorrufen. Um die Bevölkerung nicht im unklaren über die Preise zu lassen, sei folgendes mitgeteilt: Die Molkereien geben die Milch an die Großhändler für 20 Pfg. ab, die Kleinhändler zahlen an den Großhändler 23 Pfg., so daß die Verdienstsparne 3 Pfg. beträgt; die Verdienstsparne für die Großhändler ist zu groß, für die Kleinhändler angemessen. Die Erzeuger erhalten wohl 14 Pfg.

Organisationsnachrichten

SAP Stadtköln-Kalk: Mittwoch, 10. Februar, 20 Uhr, im Lokal Corneil, Hauptstraße, Stadteilverammlung. Geo. Amann spricht über „Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften“. Gäste mitbringen!

Sportschau der SAZ

Jugend: Zwickau Nord-Wilkau (10.00), Vielau-Marienthal (10.00), Werdau-Cainsdorf (11.00), Reinsdorf-Niederhalla (13.00), Lichtenhain-Brockau (13.00), Zwickau-Oberhaindorf (14.00, Freite).
 Knaben: Zwickau-Crimmitschau (12.00, Freite); Vielau-Marienthal (11.00); Wilkau-Niederhalla (9.00); Netzschkau-Bischofberg (10.00)

Aus dem

Lausitzer Handballer

Vorschau für Sonntag, den 7. Februar
 Leutersdorf I gegen Zittau I (10 Uhr). Der Bezirksmeister empfängt Gäste aus dem 12. Bezirk. L. befindet sich wieder in Hochform und wird auch mit Z. fertig werden. (Schiedsrichter Rübisch, Walter, Neugersdorf.) — Bautzen I gegen Demitz-Thumitz I (13.30 Uhr). Ein schwerer Kampf wird sich im Bismarckhain in Bautzen abspielen. Die B. müssen gut auf dem Posten sein, wenn die Niederlage nicht zu hoch werden soll. (Schiedsrichter Leske, Neuschmölke.) — Neugersdorf I gegen Ebersbach I (14 Uhr). Am Sonntag gegenwärtig N. knapp. Aber auch E. hat das Zeug in sich, einmal ein Spiel zu gewinnen. Hoffentlich ziehen die Mannschaften aus dem letzten Spiel eine Lehre. (Schiedsrichter Friedrich, Eibau-Walldorf.) — Löbau I gegen Ebersdorf I (15.30 Uhr). Beide spielten mit wechselndem Erfolg. Aber E. ist eine Kampfmannschaft, mit der nicht zu spaßen ist. L. wird aber als Sieger erwartet. Schiedsrichter Altus, Lawalde.) — Löbau II gegen Lawalde I (14.15 Uhr, Schwetzer-Löbau). — Löbau 1. Knaben gegen Lawalde 1. Knaben (13.30 Uhr). Schiedsrichter Adlung.

Organisationsnachrichten

SAP

Preunzlitz, Sonntag, 10 Uhr, im Jugendheim: Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Brandenburg.
 Freireligiöse Gemeinde, Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15. Vortrag des Herrn H. Alken: Grundfaktoren der politischen Ökonomie. Gäste willkommen.
 Ortsgruppe Reickendorf, Sonntag, 7. Febr., 10 Uhr, bei Gottlieb, Schornweberstr. 50. Ortsgruppenversammlung. Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl.
 Ortsgruppe Steglitz, Dienstag, 9. Febr., 20 Uhr, Lokal Wernicke, Bertinick, Ecke Rugestraße. Mitgliederversammlung. Fortsetzung der Diskussion über den Rußland-Vortrag des Gen. Gerloff.
 Ortsgruppe Charlottenburg, Sonntag, 7. Febr., 9.30 Uhr, im Lokal Grunze, Pestalozzi- Ecke Fritschestraße. Zeitungsaktion. Pflichtveranstaltung für alle Genossen.
 Ala-Mitglieder, Dienstag, 9. Febr., 20 Uhr, Vogels-Festsaal, Brückenstr. 2. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht. Partei- und Verbandsbucher mitbringen.
 Ortsgruppe Brandenburg a. H., Dienstag, 9. Febr., bei Bödic, Neust. Heidestraße. Mitgliederversammlung. Unser Aktionsprogramm. — Donnerstag, 11. Februar, bei Müller, Maerkerstr. 3. Reiterkursus.

SIV

Heute, Sonnabend, 6. Februar, 19.30 Uhr:
 Aktionsbezirk Süd, 19.30 Uhr, Heim, Gesundheitshaus Kreuzberg, Am Urban, Mitgliederversammlung. Thema: Reichspräsidentenkandidatur.
 Unterbezirk Tempelhof, Arbeitsgemeinschaft fällt aus. Wir treffen uns 18.30 Uhr, U-Bahn Ringbahnhof. Wir laufen.
 Spandau, Heim, Lindenufer, Arbeitsgemeinschaft.

Morgen, Sonntag, 7. Februar:

Alle Veranstaltungen fallen aus! — 100prozentige Beteiligung an Aktivgruppen-Appell!
 Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Bautner; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.
 Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
 Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
 Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
 Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
 Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Arbeitersportler üben Solidarität

Großkampf im Vogtland

Es dürfte bekannt sein, daß einigen Genossen der Spielvereinigung 23 wegen Landfriedensbruchs der Prozeß gemacht wurde und diesen Genossen vom Bund die Bewilligung des Rechtsschutzes mit der Begründung abgelehnt wurde, daß er nur für Fälle, die direkt auf dem Sportplatz passieren, in Frage kommen könne. Um die Genossen finanziell zu unterstützen und um wenigstens einen Teil der Verhandlungskosten zu decken, wurde ein Großkampf angesetzt, und zwar zwischen Spielvereinigung 23 (Bezirksmeister) und einer Auswahlmannschaft der ersten Gruppe. In der Auswahlmannschaft, die übrigens im vorigen Jahr dem spielstarken Meister Reichenbach des Zwickauer Bezirks zweimal ein Remis abzwang, spielen Genossen mit, die Bezirk und Kreis mehrmals vertreten haben. Spielvereinigung tritt in stärkster Aufstellung an, mit der sich die Mannschaft die Bezirksmeisterschaft erungen hat. In ihrer jetzigen Stärke wird sie auch der Auswahl energischen Widerstand entgegenzusetzen können. An den Arbeiterorganisationen und den Arbeitern liegt es, das Spiel zu dem zu machen, was es sein soll: eine Unterstützungsaktion für Klassengenossen.

14.30 Uhr, Ostplatz: Wacker empfängt am Sonntag, um 14.30 Uhr, die gefürchteten Treuen. Wacker wird sich anstrengen müssen, wollen sie einigermassen gut abschneiden. (8) — Auerbach-Grün (14.00): Die Gäste, welche eine Niederlage wettzumachen haben, werden wohl alles aus sich herausziehen müssen. Der Platzbesitzer scheint jetzt gut in Fahrt zu sein. (42) — Rebesgrün-Rempesgrün (14.30): Rebesgrün wird alles versuchen, den sieggewohnten Rempesgrünern das kürzere zu überlassen. (39) Dorfstadt-Rodewisch (14.30): Für Dorfstadt heißt es, nicht zu viele Tändeleien zu zeigen, sonst ist es mit ihrer Gunst vorbei. (19) — Elfeld-Lauterbach (11.00): Als Sieger dürfen wir diesmal auch wieder Lauterbach erwarten, und daher dürfte mit einem spannenden Kampf zu rechnen sein. (17) — Kleinfriesen-Eintracht (15.00): Eintracht zeigte in letzter Zeit unterschiedliche Leistungen. Kleinfriesen hat auch nicht besonderes Können hervorgebracht. (5)

2. Klasse
 Haselbrunn-VfL Reichenbach 2 (15.00). — Wacker-Treuen (13.00). — Kleinfriesen-Eintracht (13.15). — Dorfstadt-Rodewisch (13.00). — Haselbrunn (Knaben) — Reichenbach (Knaben) (14.00). (23) — Elfeld-Lauterbach (9.30). (38)

1. Gruppe, Auswahlspiel in Oelsnitz.
 Die 1. Gruppe trifft sich am Sonntag, dem 7. Februar, mittags 12.45 Uhr in Auerbach (Schützenhaus). Die anwesenden Genossen haben sich pingelich zuminden, Schuhe und Strümpfe hat jeder Genosse mitzubringen, die Kleidungsfrage wird durch den Kommissar geregelt. Da die Fahrt mittags Auto vor sich geht, sind Sportsportinteressenten herzlich willkommen.

Handball im 8. Bezirk.
 4. Abtlg. I—Haselbrunn 3, 14.00 Uhr (Schiri: Gen. Tanneberger); 2. Abtlg. II—1. Abtlg. I, 11.00 Uhr (Schiri: Gen. Wunderlich); Haselbrunn I—5. Abtlg. I, 10.00 Uhr (Schiri: Gen. Wolf); Schwimmer I—Haselbrunn 2, 10.00 Uhr (Schiri: Gen. Stimmfeld); Schwimmer 2—Haselbrunn Jgd., 9.00 Uhr (Schiri: Gen. Olner); 1. Abtlg. I—1. Abtlg. II, 15.00 Uhr (Schiri: Gen. Fischer); 1. Abtlg. (Knaben)—Haselbrunn (Knaben), 16.00 Uhr (Schiri: Gen. Ranke).

Fußball im sächsischen Kohlenpott

Die jetzigen Freundschaftsspiele stehen schon stark im Zeichen der Vorbereitungen für die neue Serie, die am 6. März beginnt. Die Neueinteilung der Spielmannschaften steht dabei im Vordergrund.
 Vorausgesetzt, daß Platz- und Wetterverhältnisse einen einwandfreien Kampf zulassen, wird am Sonntag wieder ein großes Programm zur Durchführung kommen. So werden sich um 15 Uhr Zwickau-Süd und Crimmitschau bemühen, wieder ein interessantes Treffen zu liefern. Ebersbrunn und Steinpleis (14.30). Wenn es Steinpleis nicht gelingt, dem Zusammenspiel des Gegners ein gleichwertiges entgegenzusetzen, werden sie die Niederlage einstecken müssen. — Vielau—Marienthal (15.00). Marienthal wird Vielau nicht gewachsen sein. — Reinsdorf—Reichenbach (14.30). Das letzte Ergebnis war 6:5. — Wilkau—Neukirchen (10.00). Das Vorspiel endete 2:1 für Wilkau. Bei gleichen Leistungen mußte Wilkau die meiste Aussicht auf Erfolg haben, da die Mannschaft sich auf seinen Platz besser auskennt. — Oberhaindorf—Ponitz (15.00). Die Gäste sind keine Fremden mehr. Der Platzbesitzer kann seine neue Aufstellung dabei bestens prüfen. —

Freundschaftsspiele der Berliner Arbeiter-Fußballer

Der kommende Sonntag steht ganz im Zeichen der Freundschaftsspiele, die bis zum Abschluß der Ausscheidungen um die Kreismeisterschaft das Feld beherrschen. Wir verzeichnen folgende Spielabschlüsse:
 (Anfang: 1. Männer, 14.30, 2. Männer 12.45, Jugend 10.00 Uhr.)

Börsenspiele.
 1. Mannschaften. Oberspreewäldesche (Kühn, Hansa 31); Normania—Pankow (Singer, Nowawes); Saxonia—Nowawes (Mertin, Eiche); Kugel—Eiche-Bohnsdorf (Mickmann, Herzf.); Osten—Dtsch.-Wusterh (Pomplun, Südost); Hoppegarten—Werlsee (Liegnier, Eiche).
 2. Mannschaften. Oberspreewäldesche (Lichtenberg 1); Normania—Pankow (Risse, Osten); Saxonia—Nowawes (Adler 08).

Pflichtspiele.
 1. Mannschaften. Storkow—Wacker 30 (Schmeer, Oberspreewäldesche); BSV 31—Britz 88 (Mayn, Oberspreewäldesche); Südost—Eiche Bez. (Nagel, Normania); Minerva Bez.—Herzfelde (Wilde, Südost); Dolgenbrod 1—Lichtbg. II 1 (ASV, Neukölln); Friedersdorf—ASV. Neuk. (Bäcker, Norm.); Alt-Stahnsdorf 1—ASV Neukölln 2, 13.00, (Krüger, Friedersdorf); Normania 3—Werlsee 2 (Pankow), 11.30.

2. Mannschaften. Storkow—Wacker 30 (Schmeer, Oberspreewäldesche); BSV 31—Britz 88 (Frohe Stunde); Südost—Eiche 2 (Britz 88); Minerva 3—Herzfelde 2 (Lichtenberg 1); Friedersdorf—ASV. Neuk. 3, 11.30, (Bäcker, Normania); Lichtb. Bez.—Werlsee 1 (Liegnier, Eiche), 13.00.

Ausscheidungsspiel im 3. Bezirk: Perleberg 1—Süd 1, 14.30, (Pl. Stad. Wittenberge; Merten, Wittstock).

Börsenspiele.
 Potsdam 1—Butab 1 (Riedel, Nowawes); Potsdam 2—Butab 2 (Rehfeld, Werder); Pots-

Netzschkau—Zeulenroda (15.00). Als führender Verein des Bezirks wird Netzschkau in diesem schweren Spiel sein Ansehen zu rechtfertigen wissen. — Werdau—Cainsdorf (15.00). Werdau hat eigentlich noch nie einen so regelmäßigen aktiven Spieltrieb gepflegt, als es seit einigen Wochen der Fall ist. Das wird selbstverständlich auch seine Früchte tragen. — Hartsendorf—Zwickau-Nord (15.00). Nachdem es gelungen ist, die bürgerliche Sportbewegung im benachbarten Wildenfels fast aufzureiben, könnte Hartsendorf recht gut auch das Vorrecht als 1. Klasse-Mannschaft gebrauchen. — Pöhlau II—Crimmitschau II (15.00, Fichte); Niederhalla IIa—Mülsen-Nicklas I (12.30); Rotschau I—Wilkau IIa (14.30); Lichtenhain—Neuschönburg (14.00); Zwickau-Süd II—Mosel I (13.30); Brokau I—Reichenbach III (14.30); Hartsendorf II—Wiesenburg I (10.00).

Zwickau 1. und 2. Mannschaft fährt nach Schneeberg.
 Vielau II—Marienthal II (12.30); Netzschkau II—Zeulenroda II (13.30); Ebersbrunn II—Steinpleis II (13.00); Oberhaindorf II—Ponitz II (13.30); Pöhlau II—Crimmitschau II (13.00); Rotschau II—Wilkau II (12.00); Netzschkau III—Hartsendorf III (13.00); Zwickau Süd III—Friedersdorf III (10.30); Hartsendorf III—Oberhaindorf III (10.30); Wilkau IIb—Neukirchen II (11.00); Vielau III—Hartsendorf III (10.30); Pöhlau III—Crimmitschau III (9.20); Niederhalla IIb—Mülsen-Nicklas II (11.00); Netzschkau AM—Hartsendorf AM (10.15).

dam 3—Butab 3 (auslosen); Wittenberge 2—Süd 2 (Perleberg).

Pflichtspiele im 4. Bezirk.

1. Mannschaften. Luckenw. II—Treuenbr. (Schäfer, Trebbin); Luckenw. III—Ruhldorf (Blöfeld, LT. V); Volkssport N. B.—Teltow (Vogel, Schbg.); Trebbin—Luckenw. V (Heymann, Hertha); Friedenau—Fichte (Günther, Wilmersdorf).
 2. Mannschaften. Luckenw. II—Treuenbr. (Finkwitz, LT. 1); Luckenw. III—Kl.-Zinna 1 (Hecht, LT. II); Trebbin—Luckenwalde V (Rasack, Ruhld.); Volkssport N. B. 2—Teltow 2 (Fabisch, W.); Volkssport 3—Teltow 3 (auslosen); Luckenwalde I A.H.—Jänickendorf 1 (Schmiedicke, LT. II).

Der Kreisklassenmeister der Abteilung B, Adler 08, hält vor dem ersten Entscheidungsspiel am 14. noch einmal Generalmusterung und veranstaltet auf seinem Platz in der Kissingerstraße einen Vereinskampf mit Vorwärts-Wedding. Alle drei Mannschaften treten an.

Wasserball Hellas—Union

Dieses Spiel wird am kommenden Sonnabend um 21 Uhr im Lunabad ausgetragen. Hellas ist klarer Favorit.

Die Fr. Schwimmer Charlottenburg treffen am Sonntag am gleichen Ort auf die FSGB-Spandau und werden sicher Sieger bleiben.

Hallensportfest am 28. Februar 1932

Für das in den Ausstellungshallen stattfindende Sportfest setzt am Sonnabend, dem 6. Februar, der Kartenverkauf ein, und zwar nicht nur bei den Vereinskategorien, sondern noch an folgenden Stellen: Sportzentrale, Berlin O 34, Königsberger Str. 6, FUG-Geschäftsstelle, NO 15, Lichtenberger Str. 3, Kreisgeschäftsstelle, N 24, Elbasser Str. 56 58, Wegener-Vereinshaus, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 236.

Volkshühne

Theater a. Bülowstr. 1
 DI Norden 294f
 Sonnabend 8 Uhr:
Der Gefangene
 Sonntag 11 Uhr:
V. Konzert:
 Berliner Fankorchester
 8 Uhr.
Der Gefangene

Rose-Theater

Gröbe Frankfurter Str. 132
 Telefon: E 7 Weidner 3422
 Sonnabend 8 u. 9 Uhr:
Der Bettelestudent
 Sonntag 9 Uhr:
Jugendfreunde
 3 u. 6 Uhr:
Der Bettelestudent

Letz den Klassenkampf!

Genossinnen! Genossen!

Geschäftsleute

die eure Kundschaft wünschen, inserieren in der „SAZ“
 Also beachtet stets unsere Anzeigen und kauft nur bei unseren Inserenten!!

Turnverein Freie Turnerschaft Mylau i. V.

Wir laden hierdurch alle unsere Mitglieder zu der am Freitag, dem 12. Februar, in der Turnhalle stattfindenden Feier des 29. jährigen Vereins-Bestehens freundlichst ein.
 Konzert der gesamten Mylauer Orchesterschule, nachdem Ball. Beginn: pünktlich 8 Uhr. Freilicht!

Turnverein „Frisch-Auf“ Elsterberg

Vom 6. bis 8. Februar
Beckler-Ausschank
 (Lenggold Glas 35 Pf.) Freitag: Anstich! Sonnabend, 6. Februar ab 19 Uhr: Vereinstanzkränzchen. Flotte Musik! Alle Mitglieder mit ihren Angehörigen laden wir hierdurch ein. Der Vorstand u. Wirt.

Hamburg

Volkshaus E. V., Hamburg Hammerbrook, Sachsenstr. 21

Volkshaus Lichtspiele

Das Kino des Arbeiters

Am kommenden Sonnabend, 20. und 21. Februar, bringen wir das folgende reichhaltige Filmprogramm:

1. Kulturfilm
2. Der blaue Expres
 Ein Sowkinofilm aus dem Lande der aufgehenden Sonne
3. Der Hauptgewinn
 Ein Prometheusfilm aus dem Leben eines Unehelichen

Unsere Eintrittspreise: Sonnabends zahlen Verdienende 0.50 M. Sonntags 0.70 M. — Jugendliche und Erwerbslose zahlen nur 0.30 M.
 Hamburger Arbeiter! Unterstützt uns durch Euren Besuch in unserer wichtigen Kulturarbeit!

KAUFHAUS SCHOCKEN

gute Gebrauchsqualität, 2 Schals nicht unter 2 m Länge und 1 Querbehang, viele Muster

SERIE 1	SERIE 2	SERIE 3	SERIE 4	SERIE 5
1 ⁹⁵	2 ⁴⁵	2 ⁸⁵	3 ⁸⁵	4 ⁸⁵

36 Inseratenform geschäft!

Musiker-Festsäle

nh.: P. Schönherr, Kaiser-Wilhelm-Str. 31
 Empfehle meine Säle, Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Versammlungen

Stärkt den Pressefonds!

Genosse! Wir werben alle für die SAZ Hast Du schon einen neuen Abonnenten?

Der Nazihetze geopfert

Studienassessor Herbers aus Kassel versetzt.

Wegen eines Artikels in der „SAZ“

Berlin, 5. Februar.

Das preußische Unterrichtsministerium und das Provinzialschulkollegium in Kassel haben in sträflicher Weichheit der Hetze nachgegeben, die die gesamte Rechtspresse seit Wochen gegen den Studienassessor Hein Herbers wegen eines in der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ abgedruckten Feuilletons veranstaltet hat. In diesem Aufsatz hatte Genosse Herbers festgestellt, daß es eine internationale Besonderheit sei, daß Generale, welcher nationalen Armee immer sie angehörten, ein die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen weit überragendes Alter erreichten und an Beispielen aus aller Herren Länder war die These treffend nachgewiesen worden. Daß in der Reihe glänzender Namen auch solche deutscher Generale nicht fehlten, war Herbers und war der „SAZ“ von den Herrschaften außerordentlich verdacht worden, die die rüde Frage des größten Preußenkönigs an die Leute seiner Garde: „Rackers, wollt ihr denn ewig leben?“ immer nur auf die Muschkoten, niemals auf deren Befehlshaber gemünzt wissen wollen. In Herbers Aufsatz war weiter gerügt worden, daß Generale mit genau so wenig Recht als „Soldaten“ bezeichnet werden könnten, wie etwa Bergwerksdirektoren als „Bergarbeiter“ oder Leiter eines Schlachthofes als „Schlächter“ angesprochen würden. Der angemessene Begriff, unter dem alle diese Kategorien von leitenden Angestellten zusammengefaßt werden könnten, sei etwa der eines „Direktors“. — Aus dieser durchaus einleuchtenden Beweisführung hatte die schamlos verdrehende und verleumdende Rechtspresse eine von Herbers nie aufgestellte Behauptung gezogen: Herr von Hindenburg sei ein Schlachthofdirektor.

Das ist von Herbers nicht behauptet worden und es wäre eine Geschmacklosigkeit ohnegleichen, die man einem so geschmackvollen Schriftsteller auch nicht zutrauen sollte.

Immerhin hat die Hetze der Nazi-Pressen und der Fast-Nazi-Pressen ihre Früchte getragen. Herbers ist bis zu endgültiger Erledigung des Falles, so berichtet der Kasseler Korrespondent des „Lokal-Anzeigers“ vom Provinzialschulkollegium Kassel an eine Schule außerhalb Kassels versetzt worden. Die Kasseler Ortsgruppe des Philologenverbandes hatte vorher dem Provinzialschulkollegium „empfohlen“, Herbers von jeder Lehrtätigkeit zu entbinden und den Sünder überdies an den „Ehrenrat“ des Verbandes auszuliefern.

Ein Toter gegen Hindenburg

Aus Stettin wird uns geschrieben:

„Das „12-Uhr-Blatt“ vom 4. 2. 32 ist fassungslos. Rote Schlagzeile: „21 Prominente geben Sahn einen Korb.“ Die Artikelüberschrift: „Die Saboteure des Sahn-Ausschusses.“ Es wird nach der „Rheinisch-Westfälischen-Zeitung“ eine Liste der Persönlichkeiten veröffentlicht, die von Sahn zur Unterzeichnung des Hindenburg-Aufrufes eingeladen wurden, die aber diese Einladung entweder abgelehnt haben oder auf die Aufforderung Sahn überhaupt nicht reagierten. An erster Stelle dieser „Prominenten“ steht Dr. Ackermann, Oberbürgermeister von Stettin. Der Artikel des „12-Uhr-Blattes“ schließt wie folgt ab: „Es bleibt abzuwarten, wie sich die genannten Persönlichkeiten zu den Enthüllungen des bekannten schwerindustriellen Blattes stellen werden.“

Herr Dr. Sahn ist wohl augenblicklich auf der Höhe seiner Macht; aber allmächtig dürfte er doch nicht sein. Wie soll nur der arme Oberbürgermeister von Stettin dem Verlangen des Herrn Dr. Sahn nachkommen? Er kann es trotz aller Aufforderungen nicht.

Er ist vor einigen Monaten gestorben.

Die Toten schweigen vorläufig immer noch, selbst wenn es um „die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges“, Hindenburg, geht.

Das „12-Uhr-Blatt“ wird darum recht lange warten können, bis sich Dr. Ackermann zu den „Enttüllungen“ des bekannten schwerindustriellen Blattes äußern wird; nur, wenn Lächerlichkeit tötet, wird die Wartezeit des „12-Uhr-Blattes“ sehr bald beendet sein.

Auf Wunsch können wir weit größere Listen von „Sahn-Saboteuren“ veröffentlichen. Uns sind zwei Millionen Kriegsgefallene bekannt, die alle den Sahn-Aufruf nicht unterzeichnet haben und ihn auch nicht unterzeichnen würden, auch wenn sie nicht durch „lebendige Erinnerungen an das deutsche Heer des Weltkrieges“ seinerzeit hierzu außerstande gesetzt worden wären.

Im Schatten der Abrüstungskonferenz

Mussolini baut neue Kriegsschiffe

Rom, 5. Februar.

In diesen Tagen ging die Meldung durch die Presse, daß die italienische Marine einen Kreuzer zu 7500 Tonnen - bereits in Auftrag gegeben habe. Ergänzend verlautet, daß in nächster Zeit zwei weitere Kreuzer dieses Typs, der praktisch 8000 Tonnen erreicht, sowie vier Torpedobootzerstörer und sechs kleinere Unterseeboote zu je 600 Tonnen bestellt werden sollen.

Nicht für die breitere Öffentlichkeit

Luftschutz-Rummel unter hoher Protektion

Vertrauliche Anweisungen Groeners

Der Reichsminister des Innern hat am 4. Januar den zuständigen Reichs- (Wehr- und Verkehrs-) und Länderministerien mitgeteilt, daß sich folgende Organisationen der Reichsregierung zur Mitarbeit am Aufbau eines zivilen Luftschutzes zur Verfügung gestellt haben:

1. Deutscher Luftschutz E. V.
2. Flak - Verein ehemaliger Angehöriger der Flugabwehr
3. Deutsche Luftschutz-Liga
4. Ring deutscher Flieger.

Die Teilung der Arbeitsgebiete zwischen den Vereinen ergibt sich aus den verschiedenartigen Aufgaben derselben.

Der Reichsminister des Innern erklärt in seinem Schreiben, er sehe die Voraussetzungen für eine gedeihliche und das gemeinsame Ziel fördernde Mitarbeit der genannten Verbände an den Vorbereitungen eines zivilen Luftschutzes als gegeben an und ersucht, die nachgeordneten in Frage kommenden Dienststellen einschließlich der örtlichen Polizeiverwaltungen entsprechend zu veranlassen. Er bittet um beschleunigte Benachrichtigung, falls sich in der Zusammenarbeit mit den genannten Verbänden Schwierigkeiten ergeben sollten.

Bei der Weitergabe dieser Maßregel an die Interessenten wird ausdrücklich darauf hingewiesen,

daß deren Mitteilung nicht für die breitere Öffentlichkeit und insbesondere nicht für die Presse bestimmt sei, denn es wäre im Augenblick nicht erwünscht, wenn

sich eine besondere öffentliche Debatte über die Frage der Organisation des zivilen Luftschutzes in Deutschland entspinne würde.

Auch wird besonderer Wert auf die Behauptung gelegt, daß die genannten Organisationen - trotz aller Subventionen - von der Regierung und sonstigen behördlichen Stellen völlig unabhängig seien.

Die „blutige Internationale“ auch schon da

Vor kurzem war eine dreiköpfige französische Kommission von Luftschutzinteressenten, Offizieren und Industriellen, in Berlin, um mit ihren deutschen Kollegen Fühlung zu nehmen. Insonderheit verhandelten sie mit Herrn Rühle von Lillienstern von der im Jahre 1931 gegründeten „Deutschen Luftschutz-Liga“, einem Major a. D., der bis dahin Prokurist der Totalwerke (Gasmasken, Nebelapparate usw.) gewesen war.

Der Geschäftszweig des Luftschutzes ist noch neu. In Verbindung und in Idealkonkurrenz mit der Luftkriegs- und Gasindustrie, die ihm die Voraussetzungen schafft, dürfte er eine finanzielle Zukunft haben, die freilich nur durch die arglistig hervorgebrachte Erregung einer Publikumspsychose zustande kommen könnte, da in militärischen Fachkreisen Übereinstimmung darüber herrscht, daß es einen wirksamen Luftschutz nicht gibt.

Bureschs Regierungserklärung

Wien, 4. Februar

In der heutigen Sitzung des Nationalrats gab Bundeskanzler Dr. Buresch die Regierungserklärung ab. Ueber die Richtlinien, die auch das gegenwärtige Kabinett zu verfolgen wünscht, erklärte der Bundeskanzler u. a.: Die Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt wird uns oberstes Gebot sein. Eine Verbesserung des Budgets werden wir auch erzielen, wenn sich die

politischen Parteien bei ihrer Werbearbeit ein vernünftiges Maß auferlegen.

Ich möchte dabei feststellen, daß die Bundesregierung entschlossen ist, kein Mittel unversucht zu lassen, das zur Erhaltung des inneren Friedens dienen könnte.

Dr. Buresch ging dann auf die allgemeine Lage der österreichischen Wirtschaft ein. Die neue Leitung der Creditanstalt werde mit Unterstützung des Staates alles daran setzen, um die Währung zu erhalten und zu festigen. Es ist noch nicht bekannt, erklärte der Bundeskanzler, daß wir auch eine innere Anleihe planen. So sehr aber diese Anleihe ohne jeden Zwangscharakter und die Begebung einer Anleihe im Ausland geeignet sein werden, eine Neubelebung unseres ausgebluteten Wirtschaftskörpers herbeizuführen, so können wir angesichts der gemachten Erfahrungen eine dauernde Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nur von einer Vergrößerung unseres Absatzgebietes erwarten. Die gegenwärtigen handelspolitischen Abmachungen sind zum Teil unzulänglich, zum Teil wurden sie in den Vertragsstaaten durch autonome Devisenbewirtschaftung wirkungslos.

Uebersaus schwierig gestalten sich leider die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte. Im Durchschnitt 1931 gab es insgesamt rund 355 000 Arbeitslose und Empfänger von Renten. Ende Januar 1932 hatte sich die Zahl bereits auf rund 500 000 erhöht.

Der Gesamtaufwand für die Arbeitslosen betrug 277 400 000 Schilling im Jahre 1931.

Der Staat ist also auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge bis an die äußerste Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit herangegangen. Zur Entlastung des Budgets beabsichtigt die Regierung, eine Vorlage einzubringen, durch die ein

selbständiger Träger für die Arbeitslosenversicherung geschaffen werden soll.

Wir wollen, schloß Buresch, allen Ständen dienen, niemand bevorzugen und niemand hintansetzen. Unsere Devise soll sein: salus rei publicae suprema lex. (Die Wohlfahrt des Staates sei höchstes Gesetz.)

In der Aussprache über die Regierungserklärung betonte der Redner der Sozialdemokraten, Dr. Danneberg, seine Partei werde aus Furcht vor einem Kabinett Seipel das Kabinett Buresch nicht um jeden Preis dulden. Die Regierung werde behandelt werden, wie sie es verdiene.

Abgesehen von allgemeinen Redensarten besteht der Inhalt der österreichischen Regierungserklärung in dem - wenn auch etwas verhüllten - Appell an die Opposition, sich nicht zu mausig zu machen. Diese Aufforde-

rung erhält ihren Sinn durch die gleichzeitige Ankündigung einer Regierungsvorlage über die Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Einsetzung eines „selbständigen Trägers“ bedeutet praktisch die

Aufhebung der Versicherungspflicht des Staates.

Das sind haargenau die gleichen Bestrebungen wie bei uns. Die Sozialreaktion marschiert im internationalen Maßstab.

Die Äußerung Dannebergs, daß die Sozialdemokratie nicht auf jeden Fall das kleinere Übel tolerieren werde, sticht angenehm von der Politik der deutschen Sozialdemokratie ab. Die Lage in Oesterreich ist so zugespitzt, daß sich in allernächster Zeit erweisen wird, ob diesen Worten auch die Tat folgt.

Im Lande der Freiheit

Tränenbomben gegen Demonstranten

New York, 5. Februar

Am Donnerstag nachmittag veranstalteten die Kommunisten in allen größeren Städten der Vereinigten Staaten Kundgebungen. In New York sogen mehrere tausend Personen mit zahlreichen roten Fahnen zum Rathaus, das von einem starken Polizeiaufgebot besetzt war. Die Kommunisten wurden am Eindringen in das Gebäude verhindert. In Philadelphia mußten

500 Polizisten aufgebeten

werden, um das Rathaus zu schützen. Auch in Washington wurde ein starkes Polizeiaufgebot bereitgestellt, um ein Vordringen der Demonstranten gegen das Weiße Haus zu verhindern. In Chicago fanden mehrere kommunistische Massenversammlungen statt. An einigen Stellen wurden Tränenbomben verwendet, um die Menge zu zerstreuen.

Urteile im Jedwabnoer Aufruhrprozeß

Neidenburg, 5. Februar.

Im Jedwabnoer Aufruhrprozeß wurde Freitag vormittag das Urteil verkündet. Wegen schweren Aufruhrs wurde ein Angeklagter zu zwölf, einer zu zehn, drei zu acht und einer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen einfachen Aufruhrs erhielten drei Angeklagte je sieben und zwei Angeklagte je sechs Monate Gefängnis. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde der Gutsbesitzer August Otto und ein anderer Angeklagter zu einer Geldstrafe von je 100 Mark verurteilt. Die Untersuchungshaft von vier Angeklagten wird voll auf die Straf angerechnet, so daß die Strafe für den Gutsbesitzer Otto als verbüßt gilt. - 78 Angeklagte wurden freigesprochen. Drei Angeklagte wurde eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugebilligt, weil die Tat nicht aus verbrecherischer Neigung sondern in erregtem Zustand begangen ist. - Das Gericht behielt sich vor, bei den übrigen zu Freiheitsstrafen Verurteilten, die Strafaussetzung nach Anstellung weiterer Ermittlungen zu prüfen.

Dr. Hess, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums ist gestorben.

Inflation als Ausweg

TU. London, 5. Februar.

In einem Vortrag über die Weltwirtschaftskrise forderte der bekannte englische Wirtschaftler Keynes eine Politik der Geldmarktausweitung und der Preissteigerung in der ganzen Welt. Diese Politik könne man auch kurzerhand Inflationpolitik nennen. Solange nicht in allen Teilen der Welt eine planmäßige Inflation durchgeführt werde, gebe es keinen andern Weg, als eine allgemeinen Erklärung der Zahlungsunfähigkeit und den Verzicht auf das gegenwärtige Kreditssystem, das durch vollkommen neue Formen auf neuer Grundlage ersetzt werden müsse. Keynes erklärte weiter, daß die Stellung Frankreichs als kreditgebendes Land noch vor Ende 1932 vollkommen untergraben sein werde. Der englische Kreditmarkt müsse als unerläßliche Vorbedingung zur wirtschaftlichen Wiederherholung der Welt gestärkt werden. Er sei jedoch der Ansicht, daß die Finanzkrise ihren Höhepunkt bereits überschritten habe und die größte Gefahr in den letzten Monaten überwunden worden sei.

Keynes steht mit diesem Rezept nicht allein in der Welt. In Deutschland hat soeben der Präsident des Statistischen Reichsamts einen Plan entwickelt, der sich zwar nicht offen für Inflation ausspricht, aber doch Maßnahmen zur Diskussion stellt, die eine Inflation unvermeidbar zum Ergebnis hätten. In den Vereinigten Staaten wieder hat Hoover eine Rettungsaktion eingeleitet, die man zumindest als „kontrollierte Inflation“ ansprechen kann, wobei es natürlich nur eine Frage der Zeit ist, wann aus dieser kontrollierten Inflation eine unkontrollierte wird. So erscheint der bald offene, bald unterdrückte Ruf nach Inflation dem Kapitalismus überall als der letzte Ausweg aus dem Dilemma, in das er durch die Krise geraten ist. Ein wirklicher Ausweg ist freilich auch dieser Weg nicht mehr. Allenfalls könnte damit nur eine Wegverlängerung des Kapitalismus bewerkstelligt werden, der allerdings die Arbeiterschaft nur mit Schrecken entgegensehen kann.

Fasching 1932

Wer tanzt, gibt Arbeit



„Arbeitgeber bei Tag und bei Nacht - und da soll man keine Löhne abbauen?“

„Femerichter“ Felix Neumann

Stuttgart, 5. Februar.

Der Polizeipräsident hat dem nationalsozialistischen Agitator Felix Neumann aus Wiesbaden das Auftreten in einer Volksversammlung der NSDAP verboten. Der nationalsozialistische Agitator ist identisch mit jenem Felix Neumann, der im Jahre 1924 als Hauptangeklagter im sogenannten Tschekaja-Prozeß vor dem Reichsgericht auftrat und vom Senatspräsidenten Niedner zum Tode verurteilt wurde. Unter seiner Führung war eine von der illegalen Organisation der KPD ins Leben gerufene Terrorgruppe bemüht gewesen, Attentate auf den General von Seeckt, dem württembergischen Staatspräsidenten Bolt und noch andere Prominente zu arrangieren. Zu Tode kam allerdings bei diesen Versuchen nur ein Friseur Rausch aus Berlin, der wohl als Polizeiaгент unter die Terrorgruppe geraten war. Felix Neumann wurde später zu Zuchthaus, dann zu Gefängnisstrafe begnadigt und brach im Jahre 1928 aus dem Gefängnis Plötzensee aus. In einer Verteidigungsschrift für die Fememörder, die im völkischen Verlag Lehmann, München, im Jahre 1929 erschien (Verfasser: Friedrich Felgen), war Neumann dann in einer Liste von „Femerichtern“ aufgeführt, woraus hervorging, daß sein im Auftrag der Kommunistischen Terrororganisation begangenes Verbrechen von der nationalsozialistischen Terror-Organisation nunmehr anerkannt und in den Rang eines „Fememörders“ erhoben worden war. Felix Neumann entschuldete sich durch seinen Uebertritt zur NSDAP und wurde so wohlgefällig vor Hitlers Augen, der ihn im andern Fall als einen typischen Vertreter von „Rotmord“ hätte verdammen lassen.

Redeverbot für Klagges. Der Polizeipräsident hat für den Bereich des Polizebezirks Altona-Wandsbek angeordnet, daß der nationalsozialistische braunschweigische Minister Klagges in öffentlichen politischen Versammlungen weder reden, noch anwesend sein darf.

Gegen den brutalen Rentenraub

Der Allgemeine Verband der Kriegs- und Arbeitssopfer Deutschlands hat an den Reichskanzler einen offenen Brief gerichtet, in dem es heißt:

„Als es sich darum handelte, die Pensionen der Generale und hohen Offiziere erheblich herabzusetzen, erklärten Sie, daß es sich um wohlverdienene Rechte handelt und daß eine Herabsetzung der Pensionen eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages erforderlich sei. Durch die von Ihnen erlassene 4. Notverordnung werden nun Invaliden-, Unfall-, Knappschafts-, Angestellten-, Witwen- und Vaisentenrenten in der rigorossten Form gekürzt und entzogen, ohne daß Sie nur eine einfache Mehrheit des Reichstages für notwendig halten. Sie sind scheinbar der Ansicht, daß es sich hier nicht um wohlverdienene Rechte handelt. Wir versichern Ihnen, die Rechte der Kriegs- und Arbeitssopfer sind tausendmal wohlverdienener als die der Generale und hohen Offiziere, die noch niemals der Missetat irgendwie genützt haben. In Ihrer Rundfunkrede haben Sie, Herr Reichskanzler, folgendes gesagt:

Sie haben dem jahrelangen Drängen der Sozialreaktion aller Schattierungen nachgegeben, und denen, die doch schon gerade genug geopfert haben, noch weitere unerhörte Opfer auferlegt und wohlverdienene Rechte der Kriegs- und Arbeitssopfer mit einem Federstrich beseitigt. Sie sprachen davon, daß den von der Sozialversicherung Betroffenen Opfer in beschränktem Umfang auferlegt werden müßten? Wie sieht dieser beschränkte Umfang in Wirklichkeit aus?

Ihre 4. Notverordnung bringt den Kriegs- und Arbeitssopfern folgendes: ca. 40 000 10 und 20 Prozent erwerbsunfähige Unfallrentner verlieren ihre kärglichen Renten.

Aber, die das Unglück haben, einen Unfall zu erleiden, werden mit dem Entzug des Krankengeldes für die ersten drei Tage bestraft. Tausenden und Abertausenden von Witwen und Kindern, die gebrechlich und arbeitsunfähig sind oder noch in Berufsausbildung stehen, werden die Waisenrenten bzw. Kinderzuschüsse entzogen, wenn sie das 15. Lebensjahr überschritten haben.

Tausenden und Abertausenden von armen alten Witwen wird die Rente entzogen.

Die Zahl der Selbstmorde der des Hungers überdrüssigen wird weiter ansteigen. Das sind die Resultate Ihrer 4. Notverordnung, Herr Reichskanzler. Resultate, vor denen Ihnen das Grauen ankommen müßte. Sei haben in Ihrer Rundfunkrede als Begründung dieser brutalen Maßnahmen gegen die Kriegs- und Arbeitssopfer gesagt:

„Wir haben lange versucht, und alles darangesetzt, dieses zu vermeiden; aber die Wirtschaftsnöte zwingt wegen der inneren gesetzmäßigen Zusammenhänge dieser Dinge, auch hier zuzugreifen.“

Eine solche Begründung können die Kriegs- und Arbeitssopfer nicht als stichhaltig anerkennen. Sie ist keineswegs richtig, denn wenn es notwendig war, Einsparungen vorzunehmen, so hätte die Regierung hinreichende Möglichkeiten gehabt, an anderen Positionen einzusparen. Wir fragen Sie, Herr Reichskanzler,

Warum sparen Sie nicht an dem aufgeblähten Etat der Reichswehr und Marine einige Hunderte Millionen ein?

Warum stellen Sie nicht den sinnlosen Panzerkreuzerbau ein?

Warum setzen Sie die Pensionen der Minister und Generale nicht ganz erheblich herab?

Warum streichen Sie nicht die Abfindungen der ehemaligen Fürsten und die Renten der Standesherrn?

Warum sparen Sie nicht an den 39 Millionen, die das Reich für den Luftverkehr aus gibt?

Warum stellen Sie nicht die Hunderte von Millionen an Subventionen für die Großagrarier (Osthilfe), Industrie und Großbanken ein?

Die Kriegs- und Arbeitssopfer protestieren gegen die 4. Notverordnung auf das allerhöchste und fordern ihre sofortige Aufhebung. Ungeheuer ist die Entrüstung und Empörung der Kriegs- und Arbeitssopfer, sie greift immer mehr um sich und wird weiter steigen, wenn die Ungeheuerlichkeiten gerade dieser Notverordnung nicht bald beseitigt werden und der alte gesetzmäßige Zustand in der Sozialversicherung wieder hergestellt wird.

Ganz besonders warnen wir aber vor den Plänen einer weiteren Verschlechterung der Sozialversicherung, wie sie bei der Regierung bestehen.

An Ihnen, Herr Reichskanzler, und an der Reichsregierung liegt es, die berechtigten Forderungen der Kriegs- und Arbeitssopfer auf Aufhebung dieser Notverordnung zu erfüllen. Lassen Sie unseren Appell nicht ungehört verhallen. Denken Sie daran, daß auch die Geduld der Geduldigsten einmal ein Ende nehmen wird, denken Sie an die Worte:

Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“

Wir begrüßen die deutliche Sprache, die der Allgemeine Kriegsopfer-Verband in diesem Brief führt. Es wäre nur zu wünschen, daß er es nicht dabei bewenden läßt.

USA's Finanz-Imperialismus

Die „friedliche Expansion des Dollars

Die Geschichte des jüngsten amerikanischen Finanzimperialismus, so stellt die linksradikale, also bürgerliche amerikanische „Nation“ fest, ist von zahlreichen Sachverständigen einem Senatsausschuß in Washington vorgetragen worden. Wie dieser Imperialismus arbeitet, ergibt sich aus der folgenden Uebersicht über die wichtigsten Anleihen, die die Regierungen der lateinamerikanischen Staaten in den letzten Jahren aufgenommen haben. Fast ausnahmslos sind diese Anleihen mit Monopolen oder Konzessionen an amerikanische Unternehmen verbunden. Die Regierung ist, wie erinnerlich, nach ihren eigenen Angaben gegen Anleihen, die dem Ausland zu dem Zweck der Schaffung von Finanzmonopolen oder zu Rüstungszwecken gegeben werden.

Bolivien

Im Jahre 1924 überflutete der Equitable Trust, unter der Kontrolle Rockefeller's, den amerikanischen Kapitalmarkt mit einer bolivianischen Anleihe in Höhe von 29 Millionen Dollar. Die Rückzahlung kann jetzt nicht geleistet werden.

Ein paar Wochen danach sicherte sich die Standard Oil Company in New Jersey, die gleichfalls unter Rockefeller's Kontrolle steht, die Konzession für ein Petroleumgebiet von 1 Million Hektar in Bolivien.

1928 nahmen Dillon, Read & Co. in den Vereinigten Staaten 22 Millionen Dollar auf. Auch sie haben jetzt Rückzahlungsschwierigkeiten.

Außer diesen Beträgen gingen 5 060 000 Dollar an Vickers Ltd. für Waffen und Munition und 1,5 Millionen für den Ausbau von Heerstraßen an der Grenze von Paraguay.

Brasilien

Im Jahre 1929 schrieb die National City Company eine öffentliche Anleihe über 8,5 Millionen Dollar für den brasilianischen Staat Minas Geraes aus.

Im gleichen Jahr übernahm die American and Foreign Power Company, die Finanzierungsgesellschaft der Electric Bond and Share Company die Elektrizitäts- und Straßenbahnaktien von Belo Horizonte, der Hauptstadt von Minas Geraes.

Columbien

Im Jahre 1931 schossen die Tropical Oil Company und die Andean Pipe Line Company, die beide unter der Kontrolle der Standard Oil of New Jersey stehen, je eine Million Dollar der Regierung von Columbien vor. Im gleichen Jahr wurde gegen sie vor dem höchsten Gericht Columbiens Anklage erhoben.

1930 traf die National City Bank mit dem Staatspräsidenten von Columbien ein Abkommen über eine Anleihe von 20 Millionen Dollar. Der Minister Jefferson Caffrey beteiligte sich an der Transaktion. Als Gegenleistung wurde verpflichtet, bestimmte Gesetze in Columbien zu erlassen, die die amerikanischen Bankiers verlangt hatten.

Ein Jahr später — im Juni 1931 — hielt die National City Bank die letzte Rate in Höhe von 4 Millionen Dollar zurück, bis die Konzession über die reichen Barco-Oelfelder, die zu der Interessensphäre des Mellon Golf gehören, vom columbischen Parlament bestätigt wäre. In der Zwischenzeit kabletete der Präsident Olaya der amerikanischen Regierung, daß er seinen Teil der Abmachung erfüllen und die Barco-Konzession durchbringen werde.

Cuba

Gerardo Machado war, bevor er Präsident wurde, der Vertreter der Electric Bond and Share Securities Company bei den Verhandlungen über die Konzessionen in Cuba.

Nach seinem Amtsantritt brachte Machado im Parlament von Cuba ein Gesetz ein, durch das die Kraftwerke und Straßenbahnen Havannas für alle Zeiten an die Havana Electric Light and Railways verpachtet wurden. Durch ein anderes von ihm eingebrachtes Gesetz erhielt die Gesellschaft Abgaben in Höhe von einer Million Dollar.

Die Chase National Bank gab im Jahre 1929 Cuba eine Anleihe von 100 Millionen Dollar durch die Vermittlung des Schwiegersohnes des Präsidenten.

Ein großer Teil der Zinsen aus dieser Anleihe wurde der Gesellschaft Warren Brothers zum Bau der staatlichen Heerstraßen überlassen.

Chile

Die National City Company emittierte im Jahre 1929 auf dem amerikanischen Markt eine Anleihe von 32 Millionen Dollar für die Lautaro Nitrate Company.

Im gleichen Jahre sicherten sich die Gebrüder Guggenheim die Kontrolle über diese Gesellschaft.

Die American and Foreign Power Company führte Verhandlungen mit dem Ergebnis der Zedierung von Monopollen über eine große Zahl chilenischer Städte. Als dieser Vertrag aber dem Präsidenten Ibanez zur Genehmigung vorgelegt wurde, bezeichnete er ihn als unfair und verbrecherisch und strich ihn ab.

Darauf verhandelte der amerikanische Bot-

schaftsrat Julius G. Lay mit den Vertretern der National City Bank wegen der Zurückziehung der Kredite an Chile, und er sowie der Botschafter Culbertson machten der chilenischen Regierung klar, daß das Streichen des Vertrages dem Staat die Anleihe abschneiden würde. Darauf wurde der Vertrag von der Regierung gebilligt.

Peru

Im Jahre 1927 gaben Seligman & Co. in Gemeinschaft mit der National City Company gegen Uebereignung des peruanischen Tabakmonopols Peru eine Anleihe in Höhe von 15 Millionen Dollar aus.

Mit der Amerikanischen Tabakgesellschaft wurde ein Vertrag über das Monopol abgeschlossen.

Im Jahre 1928 gaben Seligman & Co. und die National City Company abermals eine Anleihe von 85 Millionen an Peru. Nach den Feststellungen eines Parlamentsausschusses erhielt der Sohn des Präsidenten Leguía für diese Transaktion eine Provision in Höhe von 415 000 Dollar.

Die Foundation Company in New York schloß Verträge über Straßenbau und andere öffentliche Arbeiten ab.

Seligman & Co. gaben im Jahre 1928 der Stadt Callao in Peru eine Anleihe von 1,5 Millionen Dollar.

Frederik Snare & Co. erhielt einen Vertrag über Hafenneuanlagen in Callao. Gemäß einem Zusatzvertrag übernahm die Gesellschaft die Ausführung der staatlichen Hafendarbeiten als Beauftragte der Regierung.

Hungerlöhne für die Kumpels

6 Prozent unter dem Stand von 1925

Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Bergbau haben auf Grund der letzten Notverordnung eine Herabsetzung erfahren, die sehr erheblich über die allgemeine Bestimmung der Senkung auf den Stand vom 10. Januar 1927 hinausgeht. Sie sind allgemein unabhängig von der Höhe im Jahre 1927 um 10 Prozent, in den Tarifgebieten, in denen nach dem 1. Juli 1931 keine tarifliche Senkung stattgefunden hat, sogar um 15 Prozent gesenkt worden. Der Grund für diese Ausnahmebehandlung der Bergarbeiter liegt darin, daß ihre Löhne bereits durch die letzten Herabsetzungen so weit gesenkt waren, daß sie den Stand von 1927 kaum überschritten. Durch die jetzt erfolgte Neuregelung liegen, wie sich aus nachstehender Uebersicht ergibt, die

Löhne der Ruhr-Kumpels unter dem Stand von 1925.

Die Lohnhöhe betrug in RM pro Schicht:

	Vollwahr Durchschnittslohn	Facharbeiter über Tage	Sonstige Arbeiter über Tage
Ende 1925	8,05	7,00	5,60
Herbst 1926 ¹⁾	8,40	7,30	5,85
Mitte 1928	9,60	8,20	6,60
Mitte 1929	9,80	8,36	6,73
1. Januar 1931 ²⁾ ..	9,21	7,86	6,33
1. Oktober 1931 ³⁾ ..	8,57	7,32	5,89
1. Januar 1932 ⁴⁾ ...	7,71	6,59	5,30

Im Ruhrbergbau — und ähnlich in den den anderen Gebieten — bedeutet der Abbau um 29 bis 34 Pfennig pro Schicht eine

Senkung um 4 bis 6 Prozent gegenüber 1925.

Die tatsächlich gezahlten Löhne liegen aber noch weiter unter diesen Tarifen, da Kurzarbeit und Feierschichten seither erheblich zugenommen haben. Nach der amtlichen Lohnstatistik für den preußischen Bergbau ist beispielsweise im Ruhrkohlenbergbau gegenüber Ende 1931 der Durchschnittslohn je Schicht von 7,78 auf 7 Mark, im linksrheinischen Braunkohlengbiet von 8,30 auf 7,47 Mark gesunken.

Der Reichsarbeitsminister will die Bergarbeiter dadurch „entschädigen“, daß er die Notverordnung, nach der sie von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit sind, verlängert hat. Diese partielle Durchlöcherung der Arbeitslosenversicherung ist aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen und kann nicht darüber hinweg-

¹⁾ Dieser Tariflohnsatz galt auch am 10. Januar 1927. — ²⁾ Schiedsspruch sah Herabsetzung um 6 Proz. vor. — ³⁾ Schiedsspruch sah Herabsetzung um 7 Proz. vor. — ⁴⁾ 10pro-

zentige Kürzung auf Grund der Notverordnung, tauschen, daß diejenige Arbeiterkategorie, die die schwerste und gesundheitsschädlichste Arbeit zu leisten hat, deren Arbeitsleistung in einer

erheblich erhöhten Prokopfleistung zum Ausdruck kommt, Hungerlöhne beziehen, die ihre Existenz nicht mehr sichern können.

Die Gewerkschaften müssen dafür Sorge tragen, daß zum mindesten dieser unerhörten und nicht einmal mit der Notverordnung in Einklang zu bringenden Ausbeutung sofort ein Riegel vorgeschoben wird. Darüber hinaus muß jetzt die alte Forderung der Sozialisierung der Bergwerke zum Gegenstand der Tagestrümpfe erhoben werden. Eine Industrie, die sich nur noch dadurch behaupten kann, daß sie ihre Arbeiter dem Elend überantwortet, wird zu einer offenen Volksbedrohung und ist kapitalistisch am Ende. Die Produktion kann nur noch sichergestellt werden, wenn sie auf sozialistischer Grundlage organisiert wird.

Streikbewegung nimmt zu

TU. Kattowitz, 5. Februar.

Die wilde Streikbewegung in Ost-Oberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. So ist am Freitag früh auch die Belegschaft der Ferdinand-Grube nicht eingefahren. Auf den Giesche-Gruben wird weitergestreikt. Auf der Kleophas-Grube in Zalenzen kam es am Donnerstag zu Zusammenstößen zwischen den Bergarbeitern und der Polizei. Die Belegschaft versuchte, die mit Notstandsarbeiten beschäftigten Bergleute zu entfernen. Die Grubenverwaltung forderte polizeiliche Hilfe an, die das Grubengelände säuberte und den Führer festnahm. Auf den übrigen Gruben, auf denen die Belegschaften Streikabsichten äußerten, wurden von den Verwaltungen vorübergehend Feierschichten eingelegt.

Der dänische Lohnkonflikt

TU. Kopenhagen, 4. Februar.

Der Vorstand der dänischen Gewerkschaften hat am Donnerstag, zufolge „Extrabladet“, die Forderungen des Arbeitgeber-Verbandes abgelehnt, die, wie gemeldet, eine Lohnsenkung von 20 v. H. bei dreijährigen Tarifverträgen vorsehen, andernfalls am 12. Februar rund 85 000 Arbeiter ausgesperrt werden sollen. Der staatliche Schlichter hat jetzt das Wort.

Unseren Stempel gib uns heute ...



Sechs Millionen Arbeitslose stehen, hocken Tag für Tag in überfüllten Arbeitsnachweisen, schlagen das einzige tot, was man ihnen noch gelassen hat: die Zeit.

Holt sie heraus! Schmeidet sie zusammen

in Arbeitslosenausschüssen und -Kartellen! Funktionäre der SAP an die Arbeit! Einheitsfront für Einreihung in den Produktionsprozeß! Sozialistische Planwirtschaft gegen kapitalistische Wirtschaftswahnsinn!